



**Rechtsextremismus**  
**Ausländerrecht**  
**Antirassismus-Arbeit**  
**Energie- und Solarinitiativen**  
**Ratsberichte**

## Prekäre Finanzlage

Mit den Bulletin-Finzen steht es nicht zum besten. Letztes Jahr erwirtschafteten wir ein Defizit von etwa 7000 Franken. Dies liegt zum einen an den gestiegenen Ausgaben (höhere Auflage, 36 anstatt 32 Seiten, Druckkosten), hauptsächlich jedoch an den Einnahmen, die zurückgegangen sind.

Letztes Jahr verschickten wir einen einzigen Einzahlungsschein (Nummer 1/93) und verzichteten darauf, den säumigen ZahlerInnen einen netten Brief zu schicken mit der Bitte, doch die bescheidene Einzahlung von 20 Franken nachzuholen.

Wir sind der Meinung, dass es für die LeserInnen angenehmer ist, dass sie nur einmal pro Jahr mit einem Einzahlungsschein fürs SGA-Bulletin konfrontiert werden (Es gibt ja genügend Zeitschriften, die legen bei jeder Nummer einen Einzahlungsschein bei – mit dem Resultat, dass die meisten nicht mehr wissen, ob sie schon bezahlt haben oder nicht). Ihr seht, wir wollen es euch, liebe Leserinnen und Leser, möglichst einfach machen! Doch einen Haken hat die Sache: Wir sind darauf angewiesen, dass Ihr die einmalige Gelegenheit, dem Bulletin einen Beitrag zukommen zu lassen, wirklich beim Schopf

packt und den beiliegenden Einzahlungsschein ausfüllt.

Übrigens: Wer mehr tun möchte, kann dem exklusiven Förderverein pro SGA-Bulletin beitreten. Der SGA-Förderverein setzt die Spenden hundertprozentig projektgebunden ein: Auf unnötigen administrativen Aufwand wie Mitgliederversammlungen, Mitgliederversände usw. wird verzichtet.

## Redaktionsmitglied gesucht

Wir sind eine kleine, aber effiziente Redaktion. Doch eine Verstärkung könnten wir gut gebrauchen. Wir stellen uns eine Person vor, die am politischen Geschehen interessiert ist und gerne schreibt. Die Mitgliedschaft in der SGA ist keine Bedingung. Falls Du Interesse hast, melde dich doch bei Reto Hunziker (21 84 93) oder Martin Stuber (21 86 33). Übrigens: Einen PC könnten wir zur Verfügung stellen.

Wir legen grossen Wert auf genügend Illustrationen. Doch gute Karikaturen können wir leider selten auftreiben. Deshalb suchen auch wir eine Karikaturistin oder einen Karikaturisten mit politischem Gespür. □



Alpeninitiative: Klares Ja auch im Kanton Zug.

■ Bild Bulletin

## Inhaltsverzeichnis

|  |          |
|--|----------|
| <b>Alpeninitiative</b><br>Trendwende? Trendwende!  | Seite 4  |
| <b>KVA Fänn</b><br>«Politik als dynamischen Prozess wahrgenommen»                                | Seite 5  |
| <b>Rechtsextremismus</b><br>Eichenberger war ein Tröler  | Seite 7  |
| <b>Rassismus und Rechtsextremismus</b><br>Eine Herausforderung, die alle trifft                  | Seite 8  |
| <b>Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht</b><br>Eine Zwängerei!                                     | Seite 11 |
| <b>Anti-Rassismus</b><br>Antirassismus-Arbeit – ja sicher, aber wie?                             | Seite 13 |
| <b>SGA-Bildungsabend zur Ausländerfrage</b><br>Wie reagiert die Schule auf AusländerInnenkinder? | Seite 15 |
| <b>Ex-Jugoslawien</b><br>«Die Vergangenheit wird zur Gegenwart»                                  | Seite 18 |
| <b>Damenwahl '94</b><br>«TAT WORT, eine Art Stammtisch»  | Seite 21 |
| <b>Regierungsrat</b><br>Eine Reise nach Wien   | Seite 22 |
| <b>Kantonsrat</b><br>Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer                                 | Seite 26 |
| <b>Grosser Gemeinderat Stadt Zug</b><br>Stöhnen und Ächzen                                       | Seite 29 |
| <b>Polizeifunk-Entscheid der Zuger Regierung</b><br>ASCOM, Motorola usw.                         | Seite 29 |
| <b>Energie-Umwelt- und Solarinitiativen</b><br>Neuer Ansatz in der Energiepolitik                | Seite 32 |
| <b>SGA-Broschüren</b><br>Arbeitslosigkeit und Neue Armut   | Seite 34 |
| «Nel mezzo del cammin ... »  | Seite 34 |

## Impressum

**SGA-Bulletin Nr. 1/94**, März 1994; erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:** Förderverein pro SGA-Bulletin

**Adresse:** SGA-Bulletin, Postfach 2041, 6302 Zug; Telefon: 21 84 93

**Redaktion:** Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

**Belichtung und Druck:** Victor Hotz AG, Baar

**Auflage:** 1400

**Abonnements:** Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

**Redaktionsschluss Nr. 2/94:** Montag 30. Mai; Erscheinungsdatum Montag, 13. Juni. 1994.

# Driving in the USA

**D**er graue Pontiac 6000 schnurrt sanft über den Highway Number 6. Die Durchquerung von Nebraska dauert den ganzen Tag, es hat fast keinen Verkehr. Der rollt dafür umso dichter ein paar Dutzend Meilen weiter nördlich über die Interstate Nr. 80, eine der wichtigen Ost-West-Verbindungen in den U.S.A. Die grossen Laster bestimmen hier das Strassenbild, bis zu 70 Tonnen schwer und oft auf der Überholspur. Ich denke zurück an Montréal, erinnere mich an den Schreck, als das erste Mal so ein Ungetüm überholt hat, und das erst noch rechts...

Einige Tage zuvor hatte ich auf dem Hauptbahnhof von Montréal vergeblich versucht, in Erfahrung zu bringen, wann die Züge nach Boston fahren. Erst nach längerem Selbststudium des AMTRAK-Fahrplanes fand sich schliesslich eine Verbindung: über Springfield, mit 6 Stunden Wartezeit.

Das entspräche also der Verbindung Zürich-Wien – mit 6 Stunden Wartezeit in Salzburg. Als mir Bekannte dann noch Geschichten über den «Service» bei Greyhound erzählten und klar wurde, dass mit Bahn und Bus nur die grösseren Städte abgedeckt sind, blieb nur noch der Kauf eines Autos. Die 1878 Liter «Regular Unleaded», die sich der Ami-Schlitten während der gefahrenen 20'000 km reingezogen hat, gehen auf mein Lebenskontingent an Erdölprodukten.

Der endlose Highway lässt einem viel Zeit zum Nachdenken: Im Durchschnitt verbrennt ein Schweizer PKW pro Jahr um die 1700 Liter Benzin. Seit ich



vor 19 Jahren das Töff-Billett gemacht habe, summieren sich 13 Jahre Zweirad-Freuden und zwei Jahre berufsbedingter Auto-Besitz zu weiteren 2400 Litern des eigentlich kostbaren Saftes. Rund 4300 Liter in 19 Jahren, das sind etwa 13% der Benzinmenge, die ein durchschnittlicher Schweizer PKW in der gleichen Zeitspanne konsumiert hat.

Mein Gewissen beruhigt sich nach dieser Rechnung wieder, und der Blick schweift hinüber zum Eisenbahntrassé, das nun schon seit einigen Stunden weitgehend parallel zum Highway verläuft. Es ist ein Teil des historischen Pacific-Railway. Die USA waren um die Jahrhundertwende die Eisenbahn-Nation Nr. 1.

Jetzt stehen sie bezüglich Public-Transport auf der Stufe eines Entwicklungslandes. Mexiko hat das bessere Bussystem als die USA! Erstaunlich viele Amis sind sich dieser Tatsache bewusst, aber es kümmert sie wenig. Die Distanzen sind viel grösser als bei uns, die Städte sind oft unglaublich zersiedelt,

das Benzin billig (40 bis 50 Rappen der Liter), Alternativen fehlen; und dann haben sie halt eine «Love Affair with their cars», wie mir eine Frau in Denver lächelnd erklärte. Weniger bekannt scheint die Tatsache, dass ein mächtiger Block aus Auto-, Gummi-, Stahl- und Ölindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg den öffentlichen Verkehr systematisch kaputt gemacht hat. Manager von GM sind dafür sogar vor Gericht verurteilt worden! Die systematische Ausrichtung des Verkehrssystems auf das Auto (und das Flugzeug) liesse sich jetzt nur noch mit horrenden Kosten korrigieren. Wenn der öffentliche Verkehr einmal demontiert ist, dann lässt sich der Schaden fast nicht mehr gutmachen.

6 Monate später, im Bus, der mich zur Arbeit nach Neuheim bringt. Heute macht das Zeitungslernen Spass, denn gestern haben die Schweizer StimmbürgerInnen die Alpeninitiative und die Schwerverkehrs-Vorlagen angenommen. Die Bedeutung dieses Entscheides für die langfristige Zukunft der Bahn – als Sachentscheid, aber auch als Signal – kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sollen sie doch lamentieren, die Eurokraten in Brüssel und anderswo – der Einsicht, dass Güter auf die Bahn gehören, werden sie sich über kurz oder lang nicht verschliessen können.

Für einmal weist die Schweiz den Weg, auch dank unserer Volksrechte und dank EWR-Absenz. Auf dass Europa kein Entwicklungsland in Sachen Bahn und Bus wird.

■ Martin Stuber

# Trendwende? Trendwende!

**Die Annahme der Alpeninitiative ist ein grosser Erfolg. Dieser Erfolg kam nicht völlig unerwartet. Ist damit eine verkehrspolitische Trendwende eingeleitet worden? Die Antwort: Ja und Nein.**

---

Reto Hunziker

---

Noch vor einem Jahr waren die Forderungen der Alpeninitiative vielen Leuten unbekannt; ein für Umweltanliegen typisches 35%-Resultat musste befürchtet werden. Doch da im Verlaufe der Kampagne deutlich wurde, dass sowohl ökologische wie finanzielle Aspekte klar für die Alpeninitiative sprachen und die GegnerInnenschaft ausser Drohungen nicht viel zu bieten hatte, fand das Anliegen mehr und mehr Unterstützung, auch bei bürgerlichen PolitikerInnen.

## Die Solidarität spielt

Ein wichtiges Element zum Erfolg einer Initiative ist das Engagement der Direktbetroffenen: Dies spielte bei der Rothenturm-Initiative, teilweise bei den Anti-Atom-Initiativen, beim Verzicht auf Kaiseraugst, und nun bei der Alpeninitiative. Bei Umweltanliegen spielt die regionale Solidarität recht gut: Wenn eine Region sich klar gegen ein Projekt oder eine unzumutbare Situation ausspricht, überzeugt das viele BürgerInnen – nicht auf der rationalen, sondern auf der emotionalen Ebene (leider spielt diese Solidarität bei sozialen Anliegen selten, siehe Mutterschaftsversicherung).

Bundesrat Ogi hat in den letzten Jahren sehr viel versprochen. Viele haben seine Versprechungen beim Wort genommen und wollen nun sichtbare Resultate in der Verkehrs-

politik sehen. Ogi musste gegen die Versprechungen ankämpfen, die er selber gemacht hatte. Immerhin hat er sich mit der neuen Situation scheinbar abgefunden und versprochen, die Ziele der Initiative «ohne Wenn und Aber» zu erfüllen. Und weiter: Nicht nur der alpenquerende Transitgüterverkehr, sondern der Güterverkehr *generell* («von Zürich nach Milano») müsse stärker belastet werden. Interessant...

## Späte Genugtuung für den VCS

Im Schatten der Alpeninitiative wurde der Verfassungsartikel zur Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe mit einem überwältigenden Resultat angenommen. Diese Verfassungsgrundlage gibt Bundesrat und Parlament die Kompetenz, den Schwerverkehr gemäss dem Verursacherprinzip zu belasten, z.B. in Abhängigkeit des Gewichts. 1986 war eine ähnlich lautende Schwerverkehrsinitiative des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS) noch deutlich abgelehnt worden. In diesen acht Jahren hat ein Stimmungswandel stattgefunden, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei etlichen bürgerlichen PolitikerInnen. Letztere haben eingesehen, dass sich die Schweiz den Luxus, den Schwerverkehr via Steuern zu subventionieren, nicht mehr leisten kann.

Nach dieser Zustimmung zu einer Serie von Verkehrsvorlagen (Treibstoffzollzuschlag, Vignette, Schwerverkehrsvorlagen, Alpen-

initiative) stellt sich die Frage, ob damit eine Trendwende in der Verkehrspolitik eingeleitet wurde. Die Antwort ist widersprüchlich. Sicherlich spielte der Eigennutz der AutofahrerInnen auch eine Rolle (Wer fährt z.B. gerne hinter einem stinkenden ausländischen Lastwagen durch den Gotthard?). Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass Forderungen, hinter denen vor wenigen Jahren nur die Umweltorganisationen und ökologisch sensibilisierte Parteien standen, mehrheitsfähig geworden sind.

## Gutes Resultat in Zug

Im Kanton Zug legten überdurchschnittlich viele StimmbürgerInnen ein Ja in die Urne, nämlich 58,6%. Das Zuger Komitee wurde getragen von Leuten aus den Umweltorganisationen, insbesondere VCS und WWF, und Mitgliedern der alternativen Gruppierungen. Einmal mehr glänzte die SP durch fast vollständige Abwesenheit.

## Alpeninitiative macht Schule

Der Strassengüterverkehr ist in vielen Regionen Europas ein Problem ersten Ranges. Die Stellungnahmen aus Österreich zeigen bereits, dass die Annahme der Alpeninitiative die europäische Verkehrspolitik beeinflusst. Die österreichische Regierung ist nicht mehr bereit, Abstriche beim Transitvertrag als Gegenleistung zu einer EU-Mitgliedschaft zu akzeptieren. □

# «Politik als dynamischen Prozess wahrgenommen»

Letztes Jahr ist es einer breiten Opposition gelungen, die KVA Fänn in den Abfalleimer der Geschichte zu verbannen. Einen wesentlichen Anteil zum Erfolg haben die alternativen Organisationen beigetragen. Verglichen mit der Ausgangslage vor einem Jahr konnte das klare Abstimmungsergebnis nicht unbedingt erwartet werden. Was war geschehen? Wie geht es weiter?

---

Reto Hunziker

---

Obwohl seit dem Abstimmungserfolg gegen die geplante KVA Fänn bereits ein halbes Jahr vorbei ist, lohnt sich ein Blick zurück.

## Schwierige Ausgangslage

Letzten Frühling diskutierten Mitglieder der alternativen Gruppierungen – SGA, Frische Brise Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Kritisches Forum Cham, Bunte Liste Zug, Forum Oberägeri – über Vor- und Nachteile eines möglichen Referendums gegen die Beteiligung der Zuger Gemeinden an der geplanten Kehrichtverbrennungsanlage KVA Fänn in Küsnacht/SZ. Die Ausgangslage sprach eher gegen ein Referendum; wir rechneten uns nur geringe Chancen aus, die Abstimmung zu gewinnen.

Trotzdem entschieden wir, das Referendum zu ergreifen, da dieses das letzte politische Mittel darstellte, die KVA zu verhindern. Gleichzeitig kündigten die SVP und die Liberale Partei Risch-Rotkreuz das Referendum ebenfalls an. Die SP schätzte die Lage falsch ein und kniefte.

## Unerwartete Dynamik

Dem Komitee gegen die KVA Fänn AG war klar, dass viel davon abhängen würde, wie glaubwürdig Baudirektor Twerenbold die Vorlage vertreten konnte. «Wird die Anlage nicht zu gross?», «Ist das Rost-



**Die Einführung der Kehrichtsackgebühren für Sackkehricht und Containerfüllungen zeigte seine Wirkung: «Der 'Güselnotstand' verwandelte sich in sein Gegenteil.»**

■ Bilder Bulletin

ofen-Verfahren das beste Verfahren» und «Werden die alternativen Verfahren wirklich ernsthaft geprüft?» waren die Kernfragen, die der Baudirektor befriedigend und glaubhaft zu beantworten hatte. Und das konnte er nicht. Die Twerenboldsche Informationspolitik erwies sich als Bumerang. Dazu kam, dass sich der weitere Verlauf der Dinge zwischen dem Ergreifen des Referendums im Frühling und der Abstimmung Ende September in unserem Sinne entwickelte. Denn die Einführung der Kehrichtsackgebühr im Kanton Zürich und in andern Kantonen zeigte deutlich seine Wirkung: Der «Güselnotstand» ver-

wandelte sich ins Gegenteil. Innerhalb weniger Monate wurde offensichtlich, dass beträchtliche Überkapazitäten in den bestehenden und geplanten KVAs vorhanden sind. Zudem zeigte sich, dass andere technologische Verfahren bereits soweit entwickelt sind, dass sie ernsthaft in die Systemevaluation miteinbezogen werden müssten.

Unsere Freude über die Ablehnung der KVA-Vorlage war dementsprechend gross. Eine besonders interessante Feststellung ist aber die folgende: Noch nie habe ich erlebt, dass sich Mehrheitsverhältnisse in einer Sachfrage in so kurzer Zeit ändern können. Dies zeigt, dass eine

langfristige Planung, kombiniert mit einer guten Kampagne und günstigen Begleitumständen, zum Erfolg führen kann.

**Keine Ruhepause**

Das klare Nein zur KVA hat und hatte vielerlei Konsequenzen für die weitere Abfallpolitik des Kantons.

Nach der Abstimmung standen wir unter einem gewissen Druck, unsere Vorstellungen bezüglich der weiteren Abfallpolitik des Kantons zu formulieren. Wir versuchten – insbesondere auf Anregung des Vereins Umwelt Zug –, alle GegnerInnen der KVA Fänn in die weitere Diskussion miteinzubeziehen. Dies gelang uns recht gut; eine Pressekonferenz der alternativen Gruppierungen zusammen mit dem Verein Umwelt Zug, der SP, der Liberalen Partei Risch-Rotkreuz und den Jungliberalen war der sichtbare Ausdruck dieser Zusammenarbeit.



**Ein Zusammenschluss der Gemeinden ist notwendig, um die anstehenden Abfallprobleme zu bewältigen.**

Die gemeinsame Pressekonferenz drängte sich auch aus einem anderen Grund auf: Den Gemeinden

lag bereits ein Vorschlag der Baudirektion zur Gründung eines Zweckverbandes für die Bewirtschaftung von Abfällen vor. Von unserer Seite war grundsätzliche Skepsis gegenüber der Gründung eines Zweckverbandes angebracht, da die demokratische Kontrolle und die Einflussmöglichkeit bei den heute bestehenden Zweckverbänden nicht gerade gross sind. Doch andererseits ist ein handlungsfähiger Zusammenschluss der Gemeinden notwendig, denn nur so können die anstehenden Probleme in der Abfallbewirtschaftung effizient gelöst werden (eine andere Möglichkeit wäre, die Abfallbewirtschaftung vollständig zu kantonalisieren). So entschieden wir uns, die Gründung eines Zweckverbandes grundsätzlich zu befürworten, aber klare Bedingungen an Zielsetzung, Kompetenzen und Zusammensetzung der Organe und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu formulieren. □

## Auszüge aus dem Presstext vom 15. Dezember 1993

**2. (Sofort-)Massnahmen**

**2.1 Neuer Kehrichtabnahmevertrag**

Unverzüglich ist ein neuer, kostengünstiger Vertrag mit Winterthur, einer anderen Anlage und/oder mit der ACTS auszuhandeln.

**2.2 Gemeindlicher Zusammenschluss**

Grundsätzlich soll den Gemeinden die Hauptverantwortung in der Abfallbewirtschaftung zukommen. Um diese Aufgabe effizient erfüllen zu können, ist eine Form des Zusammenschlusses notwendig. Deshalb begrüssen wir grundsätzlich die Schaffung eines handlungsfähigen Zusammenschlusses der Gemeinden in Form eines demokratisch abgestützten und in den Gemeinden verankerten Zweckverbandes, der auch überregional erweitert werden kann.

Unabhängig von der Form des Zusammenschlusses und den Verantwortlichkeiten müssen die Ziele in der Abfallpolitik klar definiert werden.

**2.3 Abfallbewirtschaftungskonzept**

Neben der Abfallplanung, die bis 1996 von Bundes wegen zwingend erstellt werden muss, ist ein Abfallkataster und ein Abfallkonzept in Auftrag zu geben. Das Abfallkonzept für den Kanton Zug muss sich auf folgende Grundpfeiler stützen:

- ◆ Starke Reduktion aller Abfälle, z.B. eine Halbierung des Siedlungsabfalls (Kehricht- und Recyclinggüter) in den nächsten 10 Jahren (Ausgangsbasis: 1993). Die Ziele müssen periodisch überprüft werden.
- ◆ Verwertung der Reststoffe durch die Privatwirtschaft, Schliessen der Kreisläufe im Markt (z.B. Pfand, Wiederauffüllung).
- ◆ Eigene Verwertungslösung für Industrie- und Gewerbeabfälle inkl. Beratungsangebot für die Vermeidung.
- ◆ Strikte verursachergerechte, alle notwendigen Kosten deckende Gebührenpolitik. Unnötige Kosten dürfen aber nicht auf die Konsument/innen

überwälzt werden.

- ◆ Beratung, Animation und Motivation der Bevölkerung.

Dieses Abfallkonzept ist unverzüglich in Auftrag zu geben. Es soll in Zukunft als massgebendes Planungsinstrument dienen. Der Frage der Umsetzung muss ein zentraler Bestandteil dieses Konzeptes gewidmet sein. Bereits bei der Ausarbeitung des Konzepts sind interessierte Kreise (Gewerbe, Konsument/innen, Umweltorganisationen) mit einzubeziehen.

**2.4 Verantwortung des Bundes**

Der Regierungsrat hat sich beim Bund dafür einzusetzen, dass dieser seine Verantwortung wahrnimmt und sein eigenes Abfallbild umsetzt. Lenkungsabgaben sind einzuführen, Pfand- und Mehrweglösungen voranzutreiben, die Kreisläufe direkt im Markt zu schliessen (z.B. bei Weinflaschen Beteiligung am System TriBout). Die TVA ist so abzuändern, dass als Alternative zur Verbrennung auch andere zeitgemässe Verwertungsverfahren realisiert werden können.

# Eichenberger war ein Tröler

**Im Jahr 1989 schlugen Rechtsextreme im Kanton Zug zweimal zu. Erst nach über vier Jahren ergingen die erstinstanzlichen Urteile. Wie aktiv verfolgten die Zuger Strafbehörden rechtsextreme Gesetzesübertretungen?**

---

Hans Stutz\*

---

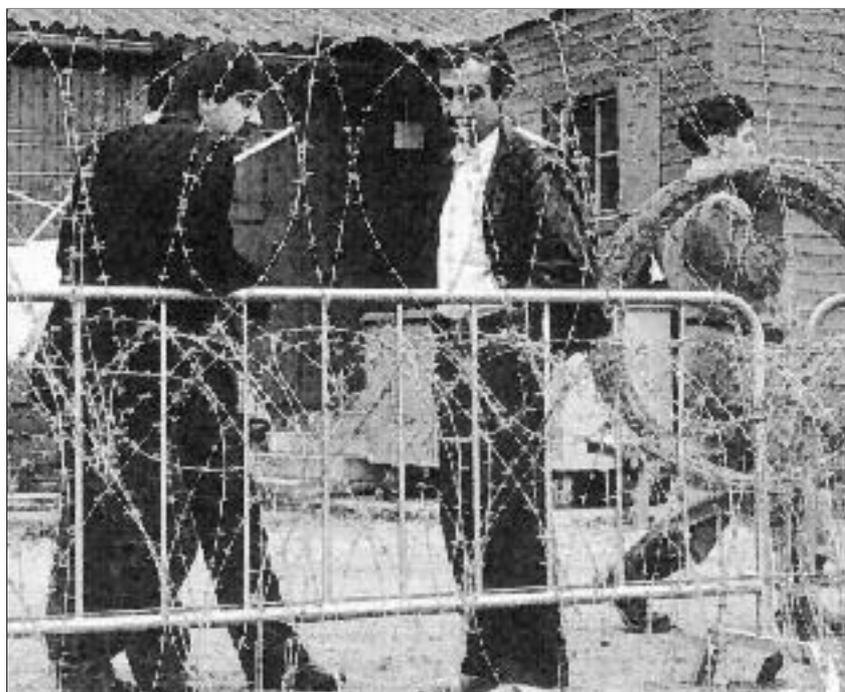
Die Fakten sind bekannt.

Erstens. Am 20. Mai 1989 jagte eine Horde Rechtsextremer – nach einem von der Patriotischen Front veranstalteten «Kameradschaftstreffen aller nationalistisch gesinnten Kräfte der Eidgenossenschaft» – Tamilen durch die Zuger Altstadt, und der Haupttäter, ein Zuger Skin, schlug einen Tamilen spitalreif. Die Zuger Polizei hatte auf den in Rotkreuz sich anbahnenden Saubannerzug nicht reagiert und bot den Bedrohten keinen Schutz.

Zweitens. Am 4. November 1989, nach einer Generalversammlung der Patriotischen Front, griffen gegen dreissig Rechtsextreme die Steinhauser AsylbewerberInnen-Unterkunft an und schlugen auf den kantonalen Asylkoordinator Oskar Berchtold ein. Der Frontenführer Marcel Strebel hatte die Demonstration bei der Polizei angekündigt, und so schauten Polizisten aus den Büschen untätig zu. Zynisch die Rechtfertigung des Polizeioberleutnants Albert Huwyler: «Die Polizei ist sehr aufmerksam und an Ort und Stelle gewesen, hat in diesem Sinne schon eingegriffen.»

## Verharmlosung durch Polizisten

Bei beiden Angriffen hatte die Zuger Polizei die rechtsextreme Gefahr ganz einfach unterschätzt, doch dann beide Male innert weniger Tage die Haupttäter eruiert. Nicht oh-



**«Unerträglicher Stacheldraht: Zuerst schaute die Polizei aus sicherer Distanz zu, wie Strebels Bande die Asylunterkunft in Steinhausen stürmte, dann 'schützten' die Behörden die Asylsuchenden, indem sie ein Ghetto errichteten.»**

■ Bild Frischknecht, «Schweiz, wir kommen»

ne Hilfe von Marcel Strebel, der sich oft seiner guten Beziehungen zur Polizei rühmte und der Zuger Polizei mindestens einmal eine Teilnehmerliste übergab. Und ein Zuger Polizeiwachtmeister konnte sich später nicht zurückhalten, den Haupttäter der «Tamilenjagd», einen Zuger Skinhead und ehemaligen «Exekutivrat» der Patriotischen Front, zu verharmlosen: «Gestützt auf meine gewonnenen Eindrücke würde ich E. D. grundsätzlich als anständigen und ruhigen Burschen

einstufen (auffallend saubere Zimmerordnung festgestellt)». (Merke: Wer das Bett ordentlich macht, ist ein friedlicher Mensch.)

Nach der zügigen Arbeit der Polizei kam Sand ins Getriebe der Zuger Strafverfolgungsbehörden. Zwar hatte der Zuger Polizei- und Justizdirektor Urs Kohler (FDP) im November 1989 versprochen: Er werde alles tun, «um das Ermittlungsverfahren zu forcieren und beim Verhöramt, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten darauf

# Eine Herausforderung, die alle trifft

hinwirken, dass diese Delikte mit erhöhter Priorität behandelt werden.»

## Untersuchungen liegengelassen

Der Freisinnige Kohler hielt nichts. Der Verhörer Martin Eichenberger liess die Untersuchungen über zwei Jahre lang liegen, was einige ebenfalls eingeklagte Übertretungen verjähren liess und zur Entlassung des überforderten Verhörers beitrug. So kam es, dass erst nach über vier Jahren die rechts-extremen Schläger und Landesfriedensstörer erstinstanzlich verurteilt wurden. Die meisten TeilnehmerInnen erhielten fünf Tage Gefängnis bedingt, der Haupttäter der «Tamilenjagd» 15 Monate Gefängnis bedingt, zwei weitere Rechtsextreme unbedingte Gefängnisstrafen.

## Schon einmal getrödel

Die Zuger Justizbehörden trödeln bereits bei der Verfolgung der Ku-Klux-Klanler, die im Herbst 1987 dreimal auf Unterkünfte von AsylbewerberInnen schossen. Erst zweieinhalb Jahre nach der Aufklärung fand eine Gerichtsverhandlung statt.

Die Auswirkungen trölerischer Strafverfahren gegen Rechtsextreme hat der Zuger SGA-Polizeidirektor Hanspeter Uster zutreffend festgehalten: «Verfahren von drei Jahren und länger dienen den Tätern als Bestätigung, dass der Staat es mit ihrer Verfolgung nicht so ernst meint und nimmt.» Uster wusste, wovon er schrieb: Ein Teil der erst im September 1990 vor Gericht zitierten Ku-Klux-Klaner war bereits wieder bei den Ausschreitungen der Patriotischen Front anno 1989 beteiligt. □

\* Hans Stutz ist Journalist und wohnt in Luzern. Er ist ein langjähriger Beobachter der Innerschweizer Rechtsextremismus-Szene

Im letzten Jahr hat sich die braune Gefahr beträchtlich verschärft. Die kriminellen Angriffe in Deutschland gegen AsylbewerberInnen und niedergelassene AusländerInnen sind weltweit über die Medien verbreitet worden. Aber nur in meist lokalen deutschen Medien konnte man so nebenbei erfahren, dass Jugendliche brutal auch gegen deutsche «AussenseiterInnen» vorgegangen sind.



**Seit dem 4. November 1989 können vor Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass auch im Kanton Zug die Augen nicht mehr verschlossen werden.**

■ Bilder Bulletin

---

Marguerite Reut\*

---

In Frankfurt wurde ein Obdachloser auf einer Bank ermordet, anderswo ein körperlich Behinderter zu Tode geprügelt. Die Begründung der Täter: solche Menschen haben nicht das Recht in unserer Gesellschaft zu leben. Nicht nur der Fremdenhass geht um, sondern die Intoleranz und Überheblichkeit von Gruppen, die alle, die anders sind und anders denken, als minderwertig bezeichnen und ihnen das Recht auf Leben abstreiten. Die Mitglieder solcher Gruppen sind meist feige. Daher suchen sie ihre Opfer zuerst in den schwächsten Gliedern der Gesell-

schaft: AsylbewerberInnen, AusländerInnen, Angehörige sozialer Randgruppen. Man hat versucht, das Anwachsen dieser kriminellen Taten mit der Arbeitslosigkeit und den sozialen Missständen zu begründen. Es scheint mir, dass man dabei Gefahr läuft, die Täter gewissermassen zu entschuldigen. Wir müssen aufpassen, dass wir Ursache und Wirkung nicht verwechseln.

Soziale und wirtschaftliche Missstände beheben

Sicher haben es totalitäre Ideologien schwerer, in einer stabilen Gesellschaft Fuss zu fassen. Unsere europäischen Demokratien stehen in

einer Wertekrise, verursacht durch schwindendes Vertrauen in die etablierten politischen Kräfte, die Anonymität des grossstädtischen Lebensraumes, schliesslich durch die wirtschaftliche Krise, die in breiten Kreisen ein Gefühl der Unsicherheit und ein Verlangen nach Altbewährtem verbreitet, das weit über die marginalisierten Gruppen auch die mittleren Klassen einnimmt. Die politischen Kräfte müssen alles daran setzen, um diese sozialen und wirtschaftlichen Missstände zu beheben, nicht nur weil sich dort tatsächlich Fremdenfeindlichkeit verbreitet, sondern aus Gründen der Gerechtigkeit und der notwendigen Solidarität für alle. Dass damit auch Fremdenfeindlichkeit und Feindbilder abgebaut werden können, kommt noch dazu. Die verunsicherten BürgerInnen sind nicht die Ursache für den kriminellen Rassismus, ihre Fremdenfeindlichkeit – noch – nicht Fremdenhass. Aber sicher ist es leicht, diese Angst zu schüren und mit populistischen Parolen Sündenböcke zu behaften. So kann es zu einer passiven Gefolgschaft kommen. Das ist das Umfeld, in dem die rechtsextremistischen Ideologien ihre Schläger einsetzen.

#### Unterscheidung zwischen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

In einem Bericht des vom Europäischen Parlament eingesetzten Ausschusses «Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa» vom Dezember '85 steht: «Eine zu weite Definition des Rassismus ist eine Verwässerung des Begriffs. Weder die Achtung vor den eigenen Traditionen und ihre Verteidigung, noch die Durchsetzung der eigenen legitimen und natürlichen Rechte rechtfertigt den Vorwurf des Rassismus, der Rassendiskriminierung oder des Fremdenhasses» (S.16). Und weiter: «Auf keinen Fall dürfen

### Buchtipp

**Zeltner, Eva:** Kinder schlagen zurück – Jugendgewalt und ihre Väter (Zynglogge, 1993)

Die Schweizer Heilpädagogin und Jugendpsychologin Eva Zeltner geht in ihrer gut lesbaren Publikation der Frage nach den Wurzeln der (Jugend-) Gewalt nach.

Sie befasst sich u.a. mit Themen wie «Fehlende Normen und Grenzen – Strukturverlust als Ursache der Gewalt», «Faszination der Brutalität – das Liebäugeln mit dem Faschistoiden», und «Der Mann als Platzanweiser und Störphall».

Die Autorin belässt es nicht dabei, viele – auch unbequeme – Fragen aufzuwerfen, sie zeigt auch realistisch auf, wie der Gewalt im Alltag entgegengetreten werden kann. Ein Buch nicht nur für Eltern und ErzieherInnen!

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gleichgesetzt werden, und in vielen Fällen sollte Fremdenfeindlichkeit auch nicht mit Rassismus gleichgesetzt werden» (S. 75).

Ursache der brutalen und mörderischen Ausschreitungen der RechtsextremistInnen sind vielmehr diejenigen, die Rassismus und Faschismus als totalitäre Ideologie durch Wort und Schrift verbreiten und die sich diejenigen, die ihre Ideen am Ende ausführen, unter meist Jugendlichen aussuchen, die in einer destabilisierten Gesellschaft aufgewachsen sind. Jugendliche, die die Gewalt, wie sie leider in den Medien und auf Videokassetten erschreckend verbreitet ist, bewundern. In diesen oft kleinen rechtsextremistischen Gruppen wird Ihnen angeboten, was sie suchen: Kameradschaft, Gemeinschaft, Liedera-

bende und Wehrsport, Männlichkeitswahn und Solidarität, gefördert durch Symbole und Fahnen. Verlangt wird Disziplin und absoluter Gehorsam zum Chef, dem «Ideologen». Die Gruppierungen sind vielfältig und zahlreich, nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern in allen Ländern Europas, mit teilweise an die eigene Vergangenheit anknüpfenden spezifischen Tendenzen. Was im obenerwähnten Rapport bereits 1985 festgestellt wurde: «Nicht zu unterschätzen sind die Unterstützung, die der Extremismus aus dem Ausland erhält sowie der Beistand und die Querverbindungen, zwischen einzelnen Gruppierungen» (S. 76).

#### Gefährliches Spinnennetz

Vor ein paar Monaten hat der Vorsteher des Bundeskriminalamtes in Deutschland öffentlich erklärt, dass Strategien feststellbar sind, um die vielen rechtsextremistischen Gruppen zu einem Netz zu verflechten. Inzwischen konnte man erfahren, dass kleinere Aktionen gruppenintern befohlen werden, grössere aus deutschen «Zentralen» kommen – und sogar aus einer Zentrale mit Sitz in Holland. Kassetten mit neonazistischen Kampfliedern werden über ein fiktives Postfach in England bestellt und von irgendwo in Deutschland vertrieben. Die USA – um nicht von Lateinamerika, Australien, Südafrika usw. zu sprechen – sind eine Basis für den Vertrieb von verbotenen Schriften. Neuerdings sind Datenbanken errichtet worden, die über Computer weltweit mit dem nötigen Schlüssel angezapft werden können. Kurz, es ist ein gefährliches Spinnennetz entstanden, das wir dringend zur Kenntnis nehmen müssen und zu dessen Bekämpfung wir Mittel suchen und finden sollten.

Seit kurzem haben die gewaltsamen Ausschreitungen der Rechtsex-

tremistInnen etwas abgenommen. Aber diese scheinbare Beruhigung ist trügerisch.

Wie die meisten Experten dieser Szene betonen, ist der Rechtsextremismus weltweit gut organisiert, straff und autoritär geführt. Zur Zeit und für die nächsten zwei Jahre stehen fast überall in Europa die Wahlen vor der Tür. Die Kandidaten der rechtsextremen Parteien müssen «salonfähig» werden. Die Taktik scheint zu sein, die BürgerInnen nicht zu erschrecken, sondern die sehr breit gewordene Schicht der Verunsicherten mit einfachen populistischen Parolen zu gewinnen. Die Beispiele sind zahlreich. Um spezifisch auf die Schweiz zu kommen, stellt man fest, dass die Kampagne von der rechtsextremen Seite jetzt anläuft, und zwar mit den für sie am meisten Stimmen bringenden Themen der Kriminalität und der inneren Sicherheit. Die Parolen sind schon vorbereitet, die Statistiken erfolgreich manipuliert.

### Einfluss auf bürgerliche Parteien

Grosse Wahlergebnisse werden diese Parteien zwar nicht erreichen. Das Schlimme und vielleicht Tödliche daran aber ist, dass sie schon im Vorfeld den Ton bestimmen und einen grossen Einfluss auf die Haltungen und Strategien der bürgerlichen Parteien ausüben. In der Manipulierung der Angst sind die Rechtsextremisten Meister: Einerseits die Unsicherheit und Angst der BürgerInnen in einer wirtschaftlichen und sozialen Welt des Umbruchs, andererseits die Rat- und Konzeptlosigkeit traditionell regierender Parteien, die Angst haben, Stimmen zu verlieren. So kommen extrem repressive Massnahmen gegen AsylbewerberInnen und AusländerInnen zustande. Man wiegt die Bevölkerung – und vielleicht auch sich selbst – im trügerischen Glauben, allein mit polizeili-



**Die PolitikerInnen, auch die bürgerlichen, sind aufgerufen, nicht in die Falle der RechtsextremistInnen zu stolpern und wahrzunehmen, was der Mehrheit der BürgerInnen Angst macht.**

chen Massnahmen gegen AusländerInnen die Schweiz aus der globalen Problematik der Gewalt- und Drogenkriminalität heraushalten zu können. Auch wenn – neben vielen nur «mutmasslichen» kriminellen Ausländern – einige kleine Drogenhändler verhaftet werden, bleibt die Schweiz die Drehscheibe für die Geldwäscherei der international operierenden Verbrecherorganisationen. Verwechselt man nicht auch da Ursache und Wirkung?

### Gesetz zu harmlos

Um auf das Thema des Rassismus und die vermutlich bevorstehende Abstimmung über die entsprechende Strafnorm zurückzukommen noch etwas, was vielleicht einige schockieren wird. Diese Strafnorm ist harmlos. Nur wer «öffentlich» eine rassistische Ideologie verbreitet, macht sich strafbar. Es können sich also weiter Neonazi- und andere ideologisch verwandte Vereine bilden und Anhänger gewinnen. Verbote sind nicht immer wirksam, aber Wachsamkeit ist dringend am Platz. Hoffen wir nur, dass die Schweiz nicht auch eine Drehschei-

be für die intensive Verbreitung von Schriften, Kassetten und Parolen der RechtsextremistInnen wird. Die Post ist anonym, und die verschlüsselten Computerverbindungen sind abhörsicher.

Die PolitikerInnen, auch die bürgerlichen, sind aufgerufen, nicht in die Falle der RechtsextremistInnen zu stolpern und wahrzunehmen, was der Mehrheit der BürgerInnen Angst macht. Laut Statistiken waren einmal die Asylpolitik und die AusländerInnen an erster Stelle. Heute sind es die Arbeitslosigkeit und die zunehmende Armut. Die PolitikerInnen müssen zuallererst gegen diese Missstände neue Konzepte vorschlagen. JedeR einzelne von uns aber ist aufgefordert, wachsam zu sein gegenüber allen Anzeichen rechtsextremistischer Unterwanderung. □

\* Dieser Artikel erschien im BODS-Rundbrief Nr. 4/Dezember 1993. Der Rundbrief erscheint viermal jährlich und befasst sich mit den Themen Asyl, AusländerInnen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Solidarität. Adresse: Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz (BODS), Postfach 8553, 3001 Bern.

# Eine Zwängerei!

Der Bundesrat hat im vergangenen Herbst ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Kriminalität von AusländerInnen in die Vernehmlassung geschickt. In der Märzsession kommt die Vorlage ins Parlament. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich die Vorschläge als höchst brisant.

Hansjörg Trüb\*

Die letzte Asylgesetzrevision war zeitlich begrenzt und läuft Ende 1995 aus. Um eine dauerhafte Lösung auszuarbeiten, setzte der Bundesrat Anfang Juni 1993 eine Expertenkommission ein.

## «Kriminelle Asylanten»

Zu diesem Zeitpunkt waren Straftaten von Flüchtlingen längst ein Thema. Internierungen, ein Ausschaffungsgefängnis, die Asylinitiativen der Schweizer Demokraten und der SVP, die Motion Weber, urchige Parteivorstösse und die Blick-Kampagne «kriminelle Asylanten» beugten im vergangenen Jahr der Langeweile vor. Dem Bundesrat wurde vorgeworfen, er greife nicht durch und vertrete humanitären Kitsch.

Noch während sich der Bundesrat in der Öffentlichkeit verteidigte, war die Expertenkommission in seinem Auftrag bereits daran, Massnahmen gegen Straffällige aus der Asylgesetzrevision herauszunehmen und als Expresspaket mit der Aufschrift «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht» auf den Weg zu schicken. Im Oktober 1993 begann die auf einen Monat reduzierte Vernehmlassungsfrist.

## Mogelpackung

In seinen Erläuterungen distanziert sich der Bundesrat von den For-

## Änderungen im ANAG (AusländerInnengesetz)

- ◆ Verbot, ein Gebiet zu betreten oder einen Rayon zu verlassen, unter Strafanndrohung bis 1 Jahr Gefängnis, falls jemand die öffentl. Sicherheit und Ordnung stört oder gefährdet
    - einer Ausschaffung entziehen will»
    - gleiche Gründe wie für Vorbereitungshaft \*
  - ◆ die Möglichkeit, gewisse Weg- oder Ausweisungen sofort zu vollziehen, ohne Gelegenheit zur selbständigen Ausreise
  - ◆ bei Ausschaffungen die freie Wahl des Ziellandes, falls eine rechtmässige Einreise möglich ist \*
  - ◆ die Möglichkeit, Personen oder Wohnungen – auch von Drittpersonen – nach Reisepapieren zu durchsuchen
- Änderungen im Asylgesetz:
- ◆ die Möglichkeit, Personen in der Empfangsstelle und in Kollektivunterkünften nach Reisepapieren zu durchsuchen
  - ◆ Streichung der Bestimmung, dass eine Beschwerde gegen die Wegweisung generell aufschiebende Wirkung hat
- \* Ergänzungen aufgrund des Vernehmlassungsverfahrens
- ◆ eine dreimonatige Vorbereitungshaft während des Verfahrens (z.B. Asylverfahren), falls jemand
    - ein verbotenes Gebiet betritt oder den Rayon verlässt
    - seine Identität nicht preisgibt
    - mehrere Asylgesuche unter verschiedenen Namen stellt
    - nach Aus- oder Landesverweisung ein Asylgesuch stellt
    - eine Einreisesperre missachtet hat \*
    - wiederholt einer Vorladung keine Folge leistet
    - Personen bedroht oder gefährdet
  - ◆ von 1 auf 6 Monate verlängerte Ausschaffungshaft, ab erstinstanzlichem Wegweisungsentscheid, um weitere 6 Monate verlängerbar, falls
    - jemand schon in Vorbereitungshaft ist
    - «konkrete Anzeichen befürchten lassen, dass er sich

derungen des letzten Sommers und beschränkt den Handlungsbedarf auf Sanktionen gegen straffällige AusländerInnen, weitet sie jedoch auf alle Personen ohne Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung aus.

Beim Weiterlesen fällt aber bald auf, dass ein Cocktail von Neuerungen folgt, die ganz andere Ziele verfolgen. Zutreffend ist eigentlich nur noch der Titel «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht».

### Den Kantonen zuliebe

Im Vordergrund stehen offensichtlich Massnahmen, die den Wegweisungsvollzug sicherstellen sollen. Damit ist der Bundesrat den Forderungen der Kantone nach wirksamen Mitteln zur Verhinderung des Untertauchens und der selbständigen Ausreise von abgewiesenen Flüchtlingen nachgekommen. Heute besteht noch ein Recht auf selbständige Ausreise. Der Entwurf räumt mit diesem Prinzip auf. So wird die Vorbereitungshaft verfügt, bevor über den Aufenthalt in der Schweiz entschieden ist. Daran schliessen nahtlos die Ausschaffungshaft und die Ausschaffung an. Die Umschreibung der Voraussetzungen ist relativ offen, und sämtliche Massnahmen sind den Kantonen freigestellt. Damit ist eine Ungleichbehandlung je nach Kanton vorprogrammiert.

### Rechtsstaatlich bedenklich

Die meisten Punkte des Entwurfes sind für mich indiskutabel. Dennoch sehe ich, dass das Asyl- und Ausländerrecht zum Teil missbraucht wird. Eine pauschale Ablehnung könnte als Verteidigung von Kriminalität und Missbrauch verstanden werden. Das Vorgehen aber, einen Teil der Asylrechtsrevision in einem Schellverfahren und mit solch



### Das AusländerInnengesetz ist ein weiterer Schritt in Richtung geschlossenes Asylverfahren.

■ Graphik «Symposium 92: Contre les exportations d'armes et pour le désarmement»

fragwürdigen Begründungen durchzuziehen, kann ich nicht akzeptieren. Aus «Sachzwängen» heraus eine Art Sonderstrafrecht für gewisse AusländerInnen oder eine Administrativhaft von bis zu fünfzehn Monaten ohne Straftatverdacht einzuführen, ist eines Rechtsstaates unwürdig. Heute soll es gewisse AusländerInnen treffen – und wen morgen?

### Sperrgebiet – eine Lösung?

Der einzige Vorschlag, der zur Bekämpfung der Drogenkriminalität prüfenswert wäre, ist das Verbot für bestimmte Personen, ein Gebiet zu betreten. Allerdings wird auch hier gleich übertrieben: im Sperrbezirk muss sich nicht eine Szene befinden, von der die betreffende Person abzuhalten ist. Noch viel gefährlicher ist die Möglichkeit, einen Rayon festzulegen. Die Erläuterungen sprechen auch gleich von einem Tal oder einem Dorf.

Diese Beschränkung der Bewegungsfreiheit, mit den übrigen Massnahmen geschickt kombiniert, ist ein weiterer Schritt in Richtung geschlossenes Asylverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Einige frühere Neuerungen wie das

Verfahrenszentrum und das Ausschaffungsgefängnis in Zürich machen klar, in welche Richtung die Vorlage zielt.

### Ein spannendes Verfahren...

Die Asylbrücke Zug war von der Justiz- und Polizeidirektion eingeladen worden, eine Stellungnahme einzureichen, die der Kanton dann bei der Ausarbeitung seiner Vernehmlassung beizog. Ernüchternder war dann der Ablauf im Kanton, da für die kantonale Fassung ein Regierungsratsentscheid notwendig war. So begrüsst Zug die Massnahmen, weist aber immerhin auf die Probleme hin, was dann im Bericht des Bundesrates gewisse Beachtung findet.

Der Kontakt via Asylkoordination Schweiz mit andern Organisationen zeigte, dass wir längst nicht als einzige den Entwurf ablehnten. Fast alle nicht offiziell eingeladenen Gruppen waren gleicher Meinung.

### Grosses Echo ausgelöst

Die Vernehmlassung hatte ein grosses Echo ausgelöst. Sämtliche Kantone, ausser Bern, und die bürgerlichen Parteien und Verbände

# Antirassismus-Arbeit – ja sicher, aber wie?

unterstützten den Entwurf. Die linken Parteien, die Kirchen und die Gewerkschaften lehnten ihn ab. Die Hilfswerke sprachen sich gegen die Mehrzahl der Punkte aus. Der Kanton Zürich zum Beispiel wollte noch weiter gehen, im Gegensatz zu Zug oder Neuchâtel. Der Bericht gibt einen Vorgeschmack, wie dereinst die Praxis aussehen dürfte.

... für die Katze

Ein Blick in die Botschaft zeigte dann aber, dass die ganze Übung so gut wie nichts brachte. Der Entwurf wurde fast unverändert übernommen (siehe Änderungen im Kasten).

Wie weiter?

Die Botschaft sollte in der Märzsession von beiden Räten behandelt, inklusive Differenzbereinigung abgeschlossen werden und auf den ersten Juli 1994 in Kraft treten. In der staatspolitischen Kommission ist kein Gegenvorschlag zustande gekommen. Der Aufruf der Asylkoordination, der dank der Mithilfe der SGA in Zug auf ein gutes Echo gestossen ist (an dieser Stelle sei herzlich gedankt), wird den Räten zu Beginn der Session überreicht. Dennoch muss ich annehmen, dass diese Zwangsmassnahmen auch noch am Ende der Session ihren Namen verdienen werden.

Der nächste Schritt wäre dann das Referendum. Bis Mitte Juni müssten wir die 50'000 Unterschriften zusammenbringen. Ein Verzicht darauf würde für mich eine Kapitulation bedeuten. □

\* Hansjörg Trüb ist Vorstandsmitglied der Asyl-Brücke Zug. Er wohnt in Cham.

Es gibt in der Schweiz noch wenige überzeugende Konzepte für eine praktisch greifende Arbeit gegen Rassismus. Ein Ansatz sei hier vorgestellt.

---

Doris Angst\*

---

Solidarität für das Opfer von Rassismus scheint denen, die sich stets in internationaler Solidarität üben, relativ einfach. Protest, Solidaritätskundgebungen, Anti-Rassismus-Demonstrationen machen Sinn und haben Wirkung: Strebel und Co. trauen sich seit 1989 nicht mehr hierher. Absolut notwendig ist auch der Kampf des Komitees «Ja zum Antirassismus-Gesetz» zur Abstimmung vom voraussichtlich 25. September 1994. Diese Aktivitäten können jene beeinflussen, welche ungenaue Kenntnisse über den Beitritt zur internationalen Konvention gegen Rassismus und falsche Vorstellungen von einer «UNO-Bevormundung» (dies der vernebelnde Slogan des Referendumskomitees aus der äussersten rechten und braunen Ecke) haben.

## Politische Willenskundgebung

Wichtig ist die politische Willenskundgebung eines Antirassismus-Gesetzes, das Diskriminierung aus Gründen der Ethnie, Rasse, Religion als strafbar erklärt und den Staat zum Handeln zwingt. Notwendig sind dann aber auch behördliche Stellen, die solche Klagen entgegennehmen. Und nötig ist ein coming-out der zugewanderten Minderheiten in der Schweiz, die sich bisher überassimiliert verhalten und jedes selbstbewusste Auftreten vermieden haben.

Erreicht all dies jedoch die xenophoben Ängste jener, die glauben, die Anwesenheit von Fremden «schüre» den Rassismus? Antirassismus-Arbeit auf der sozio-psychischen Ebene packt, meine ich, den schwierigeren Teil an, nämlich die aktive Auseinandersetzung mit dem Fremdenfeind und Rassisten. Man kann dies tun, indem man die Geschichte des Rassismus und dessen mörderische Folgen aufzeigt. Man kann dies tun, indem man das Gespräch sucht mit der Rassistin, dem Rassisten. Man kann dies tun, indem man aktiv mit den Projektionen, die hinter einer fremdenfeindlichen und rassistischen Haltung stehen, arbeitet. Man kann mit verstecktem Theater in der Öffentlichkeit starke Gefühle provozieren, wie dies die Gruppe MARALAM versucht. Man kann Täter mit Opfern konfrontieren, wie man dies z.B. im neuen Museum of Tolerance in Los Angeles versuchte: Verurteilte Skinheads wurden vom Richter in das Museum zitiert, wo ihnen u.a. ein Holocaust-Opfer seine erlittene Geschichte von Rassendiskriminierung vortrug. Es gelang offenbar, bei einigen Jugendlichen eine Identifikation mit dem Opfer hervorzurufen.

NCBI auf schweizerische Verhältnisse übertragen

Seit zwei Jahren arbeite ich mit dem Modell des National Coalition Building Institute (NCBI), Washington, dort gegründet und aufgebaut von politischen AktivistInnen des

Civil Rights Movement. Es hat mich überzeugt, weil es Rassismus nicht auf der kognitiven, sondern auf der emotionalen Ebene bearbeitet. Einer der Hauptunterschiede zu den USA ist ganz sicher, dass hier Rassismus und ethnische Diskriminierung viel versteckter und unbewusster ablaufen und dass es noch wenig mobilisierte Gegenkräfte gibt. Ron Halbricht und ich haben versucht, den NCBI-Ansatz auf schweizerische Verhältnisse zu übertragen und auch hier den Gedanken einer aktiven Antirassismus-Haltung in Erziehungsdirektionen, Schulen, Körperschaften, Behörden (eingeschlossen die Kantonspolizei Zug, die auf den Entscheid von Hanspeter Uster hin mit uns erfolgreich einen Pilotkurs abgehalten hat und weitere Kurse durchführen wird) zu propagieren und in Workshops zu üben.

### Nachvollzug selbsterlebter Diskriminierung

Ein wichtiger Grundsatz ist dabei, Rassismus nicht als isoliertes Phänomen zu betrachten, sondern ihn einzureihen in die vielen Formen von Diskriminierungen, die täglich geschehen und denen gesellschaftliche Minderheiten ausgesetzt sind, seien dies Ausländer, Alte, Behinderte, Drögeler, Arme usw. Im Workshop setzen sich die TeilnehmerInnen mit den Projektionen auseinander, die sie über andere gesellschaftliche Gruppen haben. Beispiele von selbsterlebter Diskriminierung wecken Solidarität mit dem Opfer, indem der Schmerz, den Diskriminierung hervorruft, nachvollzogen wird. Die eigenen Ängste vor dem Fremden werden offengelegt, die Ängste des Fremden vor unserer Gesellschaft ebenfalls.

Rassismus ist schwerwiegend, Diskriminierung schmerzhaft – eine aktive antirassistische Haltung darf jedoch kreativ sein. Den

## Arbeitsgruppe gegen Fremdenfeindlichkeit

### Kantonale Arbeitsgruppe betr. Massnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus:

Die als Antwort auf die Interpellation Urs Kern hin gebildete Arbeitsgruppe traf sich unter dem Präsidium von Regierungsrat Andreas Iten am 10. Januar 1994 zu einer ersten Sitzung, die dem Abstecken der Tätigkeitsfelder der Mitglieder und des Umfeldes, in welchem sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit abspielt, diente.

Rasch zeigte sich, dass es zuerst um Definitionen geht, was unter Rassismus und Fremdenfeindlichkeit überhaupt zu verstehen ist: ob dies nur bereits erfolgte Gewaltakte betrifft oder nicht bereits viel früher auch eine abwertende Haltung gegenüber Minderheiten, Ausgrenzungen und Diskriminierungen, in der Schule vermittelte ethnozentristische Werthaltungen, Diffamierungen am Stamm-

tisch oder ein versteckt rassistisches Klima meint.

### Mehr Gewicht für Rassismusopfer

In der Arbeitsgruppe sind jedenfalls die Minderheiten, um deren Behandlung durch die Mehrheit es geht, vorläufig allein in der Person von Yakup Cosar von der Ausländerberatungsstelle präsent – fast eine Alibiposition. Will man sich wirklich mit den Betroffenen und den Opfern von Rassismus auseinandersetzen? Dann müsste man ihrer Stimme auch numerisch mehr Gewicht geben. Wie sehr sind Behörden gewillt, aktiv antirassistisch aufzutreten? Wie wird sich die Arbeitsgruppe zu der dieses Jahr anstehenden eidg. Abstimmung zum Antirassismus-Gesetz verhalten lassen?

Ich bin gespannt, ob und zu welchen konkreten und nicht nur verbalen Lösungen diese Arbeitsgruppe kommen wird.

Ausgrenzungsmechanismen stellen wir einen positiven Wert der Vielfalt – die sich auch in einer vorerst homogen erscheinenden Gruppe zeigt – gegenüber. Vielfalt setzt positive Kräfte frei – nicht umsonst hat sich das Washingtoner Institut den Namen «Coalition Building» gegeben. Dies ist wichtig, um der allgemeinen Niedergeschlagenheit entgegenzuwirken, die sich oft breitmacht, wenn das Phänomen Rassismus rein kognitiv und mit einer Anti-Haltung angegangen wird.

### Beachtliche Nachfrage

In vielen Institutionen herrscht der Eindruck vor, man müsse gegen

versteckten Rassismus und diskriminierende Haltungen angehen, nur weiss man nicht, wie. Die Nachfrage nach dem NCBI-Modell ist bereits beachtlich. Wir führen vom 18. bis 20. März in Walchwil unseren ersten Train-the-Trainers-Kurs durch, um weitere MitarbeiterInnen auszubilden. Informationen über die NCBI-Arbeit sind bei mir erhältlich: Tel. 042/21 13 25. □

\* Doris Angst ist Präsidentin der Asylbrücke Zug und lebt in der Stadt Zug.

# Wie reagiert die Schule auf AusländerInnenkinder?

Der letzte Bildungsabend vom 13. Dezember im Parkhotel zur «AusländerInnen-Frage» konzentrierte sich auf drei Probleme: Arbeitslosigkeit, Familiennachzug und Schulfragen. Wir veröffentlichen untenstehend das Referat von Ruth Bachmann zum letztgenannten Punkt.

Ruth Bachmann\*

Im Durchschnitt besitzt heute in einer Schweizer Schulklasse jedes 5. Kind einen ausländischen Pass. Das heisst umgekehrt auch, dass für die SchülerInnen schweizerischer Herkunft das Zusammenleben und -lernen mit Kameraden aus verschiedenen kulturellen und sprachlichen Gruppen eine alltägliche Realität ist.

Die Schule wurde seit Jahren als direkte Folge der Arbeitsmigration mit einer vielfältigen Schülerschaft konfrontiert. Damit verbunden erhielt sie den Auftrag, Diskriminierung von ausländischen Kindern in der Schule zu vermeiden und diesen womöglich dieselben Aufstiegschancen zu eröffnen (nach dem Wortlaut der Empfehlungen der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz, 1972).

Von Chancengleichheit kann aber nur gesprochen werden, wenn sie sich auch im Schulerfolg ausdrückt. Heute zeigen nun aber Statistiken, dass die SchülerInnen ausländischer Herkunft grössere Mühe haben, die Schule erfolgreich zu durchlaufen, als diejenigen mit schweizerischer Herkunft. Der Anteil der ausländischen SchülerInnen in Sonderschulen ist grösser als derjenige der Schweizer Kinder.

Im Zusammenhang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wird heute von der Öffentlichkeit (der Politik, den Medien) eine weitere Aufgabe an die Schule delegiert. Die Schule soll Rassismus und Fremden-



**Für SchülerInnen schweizerischer Herkunft ist das Zusammenleben und -lernen mit Kameraden aus verschiedenen kulturellen und sprachlichen Gruppen eine alltägliche Realität.**

■ Graphiken «Schweizerische Lehrerinnen und Lehrer Zeitung» 1992/6/  
»Lehrerinnen und Lehrer Magazin» VPOD 1988/55

feindlichkeit entgegenwirken.

Vor allem der letztgenannte Auftrag bewirkte, dass das Thema «Bildung und nationale und kulturelle Vielfalt», welches bis anhin vor allem schulintern diskutiert wurde, nun zu einem öffentlichen Interesse wurde.

Entwicklung der «interkulturellen Bildung»

Um die gegenwärtige Situation besser zu verstehen, möchte ich die Entwicklung der sogenannten «interkulturellen Bildung» kurz nachzeichnen. Sie hat sich in der Formulierung ihrer Ziele und Aufgaben mehrfach umorientiert.

Anfänglich (um 1970) sprach man im Zusammenhang von Bildung mit Kindern ausländischer Herkunft von einer «Ausländerpädagogik». Das Ziel war, die ausländischen Kinder möglichst schnell den schweizerischen anzupassen, also zu assimilieren. Gemeint war damit vor allem Deutschförderung. Man sprach von einem Sprachdefizit der ausländischen SchülerInnen, das es aufzuholen gelte. Sehr bald schon wurde aber diese Sichtweise (von einem Defizit zu sprechen, das es aufzuholen gelte) auch auf andere Bereiche übertragen. Das Schweizer Schulkind galt als Norm. Mit einer kompensatorischen Bildung für die Kinder ausländischer Herkunft soll-

ten die Unterschiede aufgehoben werden.

Im Verlauf der 80er Jahre wurden die Annahmen über die Ursachen schulischer Schwierigkeiten von ausländischen Kindern differenzierter. Es wurden nun kulturelle Unterschiede, Effekte des Wandlungsprozesses und der sozialen Lage miteinbezogen. Dies hatte als sichtbare Auswirkung einerseits einen vermehrten Einbezug der kulturellen Herkunft zur Folge. Andererseits bildeten das Kennenlernen der verschiedenen Kulturen, die Gewichtung auf Gleichwertigkeit der Kulturen und gegenseitiges Verständnis, neben dem Abbau der Defizite, wichtige erzieherische Ziele.

Kritische Stimmen begannen Ende der 80er Jahre diese Bildungskonzepte zu hinterfragen. Kritikpunkte waren:

- ◆ Registriert werden die fehlenden Deutschkenntnisse und nicht die Zweisprachigkeit, über die die Kinder verfügen, die zu einem wichtigen zukünftigen Potential werden kann.
- ◆ Bemängelt werden die fehlenden Kenntnisse und Handhabung des schweizerischen Lebens, ignoriert werden die vorhandenen Kenntnisse über das Herkunftsland und das Leben in der Migrantensituation.
- ◆ Registriert wird oft eine gestörte Sozialisation, nicht aber die Fähigkeiten der Kinder, sich in beiden kulturellen Gruppen zurechtzufinden.

Eigentlich sind dies ja alles Fähigkeiten und Stärken, die auch für Schweizer Kinder und Jugendliche zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auch sie müssen mit kultureller Vielfalt zurecht kommen, sowohl hier in der Schweiz als auch im weiteren Umfeld, dies in Folge der steigenden europäischen und weltweiten Verflechtungen. Nicht wenige werden als Erwachsene Ausbil-

dungs- und Berufsphasen in anderen Ländern verbringen.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die weiter oben angeführte «Kulturalisierung der Pädagogik». Der Einbezug von verschiedenen Kulturen in den Unterricht wird zwar befürwortet, allerdings führt dies schnell zu einer Betonung vor allem der Differenzen und nicht des Gemeinsamen. Zudem bedeutet Kultur dann oft nur noch Folklore, und die Migrantenkultur wird mit der Herkunftskultur gleichgesetzt. Es wird damit von einem statischen Verständnis von Kultur ausgegangen. Vorzuziehen wäre aber ein Kulturverständnis, das Kultur als Prozess deutet. In diesen Prozess wären die Migrantenkultur und die Kultur der Einheimischen einbezogen.

#### Die interkulturelle Bildung heute

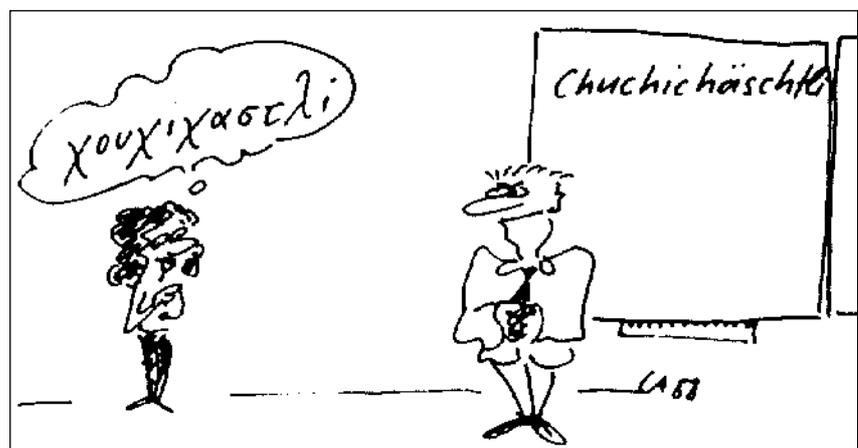
Viele frühere Ziele und Aufgaben fließen heute immer noch versteckt oder bewusst in die sogenannte «interkulturelle Bildung» ein. Es sind aber auch neue Tendenzen feststellbar. Allerdings ist die Diskussion überhaupt noch nicht abgeschlossen, und Vorstellungen und Umsetzung klaffen oft weit auseinander.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass eine Abkehr von der Forderung nach einer einseitigen Anpassung der ausländischen Kinder stattgefunden hat. Interkulturelle Erziehung richtet sich an ausländische und Schweizer Kinder. Sie ist nicht nur ein weiteres Schulfach, sondern betrifft die Schule als Ganzes. Gerade weil die Schule bis heute in ihrer Ausrichtung mit ihren Lerninhalten immer noch auf eine kulturell und national einheitliche SchülerInnenenschaft ausgerichtet ist.

Was bedeutet dies nun also für die Schule? Ich werde zum Schluss noch kurz an einigen wichtigen Beispielen aufzeigen, welche Konsequenzen und Veränderungen sich aus den oben genannten Ausgangspunkten der Interkulturellen Erziehung ergeben. Ich unterscheide dabei drei Ebenen: die Ebene des Schulunterrichtes, die Ebene der Schulorganisation und die Ebene der Lerninhalte.

#### Zum Schulunterricht:

Hier bedeutet es, dass neben anderen Differenzen in der SchülerInnenenschaft, wie soziale Schicht, Geschlecht, Leistungsfähigkeit und



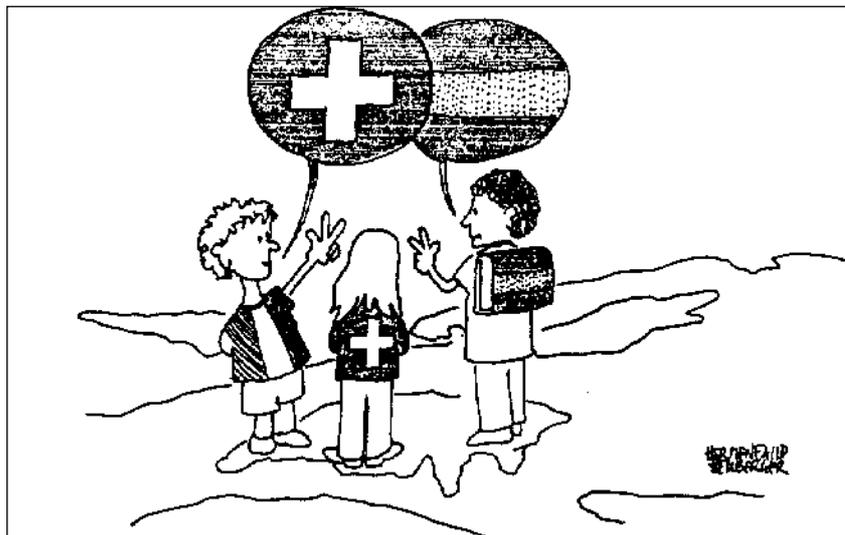
**Ziel der «Ausländerpädagogik» war es, die ausländischen Kinder möglichst schnell den schweizerischen anzupassen, also zu assimilieren.**

Lerntempo, nun also auch noch nationale, kulturelle und sprachliche Unterschiede treten. Es gilt, wie das die Schule seit jeher mit methodischen und didaktischen Mitteln macht, auch auf diese Verschiedenheiten einzugehen und eine bestmögliche Förderung zu erreichen. Das heisst aber auch, die ausländischen Kinder nicht als eine Fallgruppe oder Problemgruppe zusammenzufassen, sondern sie in erster Linie als Lernende wahrzunehmen, wie dies bei den Schweizer SchülerInnen selbstverständlich ist.

Zur schulorganisatorischen Ebene:

Um die bis jetzt beschriebenen Aufgaben zu bewältigen, wurden unterstützende Rahmenbedingungen auf schulorganisatorischer Ebene nötig. So bestehen heute folgende Formen der Einschulung von neu-zuziehenden fremdsprachigen Kindern sowie andere Einrichtungen zu ihrer Unterstützung:

- ◆ Besuch des Kindergartens mit zusätzlichem Deutschunterricht
- ◆ direkte Einschulung in die Volksschule, unterstützt durch zusätzlichen Deutschunterricht (je nach Notwendigkeit 1 bis 2 Wochenstunden)
- ◆ Kleinklasse D: Für fremdsprachige SchülerInnen ohne oder mit sehr geringen Deutschkenntnissen. Danach folgt der Übertritt in die Volksschule
- ◆ Integrationskurs: Ausländischen Jugendlichen soll der Einstieg in das schweizerische Berufsbildungssystem erleichtert werden
- ◆ Hausaufgabenhilfe
- ◆ Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur: Diese Kurse werden von den Herkunftsländern oder von Elternvereinen angeboten. Sie sind freiwillig und finden im Kanton Zug ausserhalb der Schulzeit statt.



### Wie reagiert unsere Schule auf SchülerInnen ausländischer Herkunft?

Das Ziel dieser Massnahmen ist, die ausländischen Kinder in die Regelklassen aufzunehmen und sie eben nicht auszusondern und damit zu stigmatisieren. Diese Massnahmen scheinen aber in Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern ausländischer Herkunft ungenügend. Hier stösst die Belastung der Lehrpersonen und SchülerInnen auf Grenzen oder überschreitet sie sogar. Eine wichtige Massnahme ist einerseits die Reduktion der Klassengrösse und andererseits das in der Stadt Zug bereits eingesetzte BegleitlehrerInnensystem. Diese AssistentenlehrerInnen sind für Stütz- und Förderunterricht einzelner SchülerInnen oder SchülerInnengruppen zuständig. Beides sind Massnahmen, die in der heutigen Zeit nur allzu gern und vor allem ohne die Konsequenzen abzuschätzen, dem Sparstift zum Opfer fallen. Toleranz und Respekt anderen gegenüber kann aber nicht gelernt werden, wenn die Spannungen riesig sind oder wenn die Lösung Aussonderung heisst (eigentlich wären das Lernen von Toleranz und Respekt eine Aufgabe, die man von der Schule verlangt).

Zur Neuorientierung von Lernhalten, Lehrplänen und Lernmaterialien:

Hier werden natürlich grundsätzliche Fragen angesprochen. Ginge es doch darum, die Lerninhalte, die Lehrpläne und Materialien auszurichten auf eine Gesellschaft, die auch national und kulturell vielfältig ist. Dementsprechend sind in diesem Bereich die Veränderungen auch am geringsten. Der Widerstand ist gross, und nicht zuletzt kann man sagen: Solange in der politischen Debatte auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene kein Konsens in Sicht ist und sich die Schweizerische Gesellschaft nicht als eine «multikulturelle» sieht, wird es auch im schulpolitischen und pädagogischen Felde schwierig bleiben.

Ob sich die «interkulturelle Bildung» also auch in diesem Bereich durchsetzen kann, hängt direkt von Klärungen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ab. □

\* Ruth Bachmann ist Primarlehrerin und Soziologiestudentin. Sie wohnt in Zug.

# «Die Vergangenheit wird zur Gegenwart»

Auf Einladung der GSoA weilte der kroatische Philosoph Zarko Puhovski am letztjährigen UNO-Menschenrechtstag (10. Dezember) in Zug. Er sprach über den neuen Nationalismus und dessen Hintergründe im ehemaligen Jugoslawien. Puhovski war in den 80er Jahren Mitbegründer der BürgerInnenbewegung für ein demokratisches Jugoslawien. Er lebt in Zagreb und unterrichtet politische Philosophie.

Zarko Puhovski

Transkription: Thomas Ulrich

Wenn über Nationalismus gesprochen wird, müssen drei Aspekte immer wieder von Neuem analysiert werden: Erstens die Begriffe, die wir verwenden, wenn wir über Nationalismus sprechen, zweitens was Nationalismus im Postkommunismus heisst und drittens die Erfahrungen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Ich möchte als Einleitung sagen, dass ich Nationalismus als eine «verhinderte Verallgemeinerung» verstehe, das heisst, als eine Position, die immer aufs Neue versucht, eine Gemeinschaft zu gestalten, die eine Grenze festsetzt, innerhalb derer die Regeln, die für «die Anderen» gelten, nicht mehr gültig sind. Die Voraussetzung für jeglichen Nationalismus ist, dass «man» glaubt, «wir» seien eine ganz besondere Gruppe – ethnisch, kulturell, sprachlich, staatlich – und «wir» ganz spezifische Qualitäten haben, die nicht jeder Mensch hat – und deswegen gelten für uns nicht die Regeln, die für alle anderen gelten. Das Paradoxe daran ist, dass im Grunde jede Nationalistin und jeder Nationalist – methodisch betrachtet – internationalistisch argumentiert. Das heisst, man behauptet zum Beispiel: a) wir sind eines der ältesten Völker in Europa, b) wir sind ein altes zivilisiertes Kulturvolk, c) unsere Nachbarn waren immer gegen uns gerichtet, haben uns immer unfair behandelt, während wir uns immer defensiv verhalten haben, d)

wir sind friedlich und bereit in Frieden zu leben, wenn andere das auch tun. Dieses Muster kann man in jedem Nationalismus finden. Die methodische Begründung jeder nationalistischen Handlung ist immer eine Reaktion: Wir waren nicht die ersten, die anderen haben begonnen. Auch Hitler musste, weil er aus dem Kontext seiner Rechtfertigungen immer eine sogenannte Abwehrsituation brauchte, 45 arme Leute finden, sie mit polnischen Armeeuniformen einkleiden und diese einen polnischen Angriff auf Deutschland vorspielen lassen.

Die Begründung aller Übeltaten ist die Notwehr. Man sagt z.B. heute in Serbien: Die AlbanerInnen haben keine Macht, aber die demographische Situation in Kosovo ist so, dass es in etwa 20 Jahren halb so viele SerbInnen gibt wie AlbanerInnen. Der Kampf ist also ein demographischer Kampf. Das heisst, man führt eine polizeiliche Kontrolle über eine Minderheit ein, die droht zu einer Mehrheit zu werden. Dasselbe sagen zum Beispiel heute auch einige baltische Staaten: Es bestehe die Gefahr, dass «sie» zu Minderheiten im eigenen Land werden. Warum soll das eine Gefahr sein?

**Kulturelle, ideologische und weltanschauliche Vorurteile**

Doch diese Frage wird leider nie diskutiert, sondern einfach als richtig vorausgesetzt. Und warum wird das geglaubt? Weil man diese besondere kollektive Vorstellung zu legiti-

mieren versucht, also dass «wir» nicht nur gemeinsame ethnische, kulturelle, sprachliche usw. Voraussetzungen haben, sondern auch besondere menschliche Qualitäten.

Wir haben es also mit kulturellen, ideologischen und weltanschaulichen Vorurteilen zu tun. Das ist alles eigentlich halb so schlimm, bis eine solche Position in einem spezifischen Umkreis zur Legitimation einiger Staaten wird, Krieg zu führen. Das geschah, wie bekannt, in der östlichen postkommunistischen Situation, wo die oberste Ambition aller Bewegungen war, eine ethnisch-national begründete souveräne Gemeinschaft zu gründen.

**Kommunismus bot gute Voraussetzungen für Nationalismus**

Dies war teilweise vorauszusetzen, weil die Konstruktion des real existierenden Kommunismus sehr gute Voraussetzungen für eine nationalistische Politik geboten hat. Denn die offizielle Ideologie im real existierenden Kommunismus erfüllte im methodischen Sinne die drei folgenden Eigenschaften:

1. Es war eine kollektivistische Ideologie, nämlich die Ideologie der Arbeiterklasse.
2. Es war eine Kampfidologie, nämlich die Ideologie des Klassenkampfes.
3. Es war eine antiliberale Ideologie.

Und heute besteht nur eine politische Ideologie, die dieselben charak-

teristischen Eigenschaften erfüllt, nämlich der Nationalismus.

Der Nationalismus ist auch eine kollektive Ideologie, in der die Nation das Kollektiv darstellt. Ebenso ist der Nationalismus eine Ideologie des Kampfes, weil Nationalismus immer vom Konflikt mit anderen Nationen lebt. Drittens ist der Nationalismus auch eine antiliberalen Ideologie, weil die NationalistInnen glauben, dass internationale, importierte Werte eine Art Sabotage der nationalen Gemeinschaft darstellen. Darum war die Situation im östlichen Postkommunismus ideal für die Entstehung des Nationalismus.

Wenn man zum Beispiel heute in einem postkommunistischen Land die Zeitung liest oder ein Fernsehprogramm anschaut, dann wird man in den ersten zehn Seiten oder Minuten nie etwas über Ökonomie hören oder sehen. Das kommt später. Immer sind am Anfang traditionell politische, traditionell ideologische Themen oder solche, die etwa die Konflikte mit den Nachbarn aufzuheizen versuchen. Der Nährboden für den Nationalismus war im Postkommunismus also ideal. Dazu kam noch, dass vor dem Ende des alten Systems keine alternative Bewegung gegründet werden konnte/durfte. (...)

#### Keine Alternative zum Nationalismus

Darum gab es kaum Bewegungen oder Gruppierungen, die nach dem Sturz der Mauer eine Alternative zum Nationalismus hätten bieten können. Auch die Tatsache, dass sich Westeuropa sehr bald gegenüber dem Osten verschloss, hat dem Nationalismus Auftrieb gegeben, weil die einzige Position, die in Konkurrenz zum Nationalismus hätte stehen können, eine proeuropäische gewesen wäre. Denn in Jugoslawien gab es nicht die emotionalen Diskussionen über «fremde Richter», wie



#### Überblick über die Kriegsschauplätze in Bosnien und Herzegowina.

■ Graphik «Tages-Anzeiger»

sie in der Schweiz geführt wird, sondern man steckte sehr viel Hoffnung in Europa. Die Menschen hatten viele Gründe zur Annahme, dass die «fremden Richter» nur besser sein könnten.

Die Tendenz der westeuropäischen Länder, sich gegen einen direkten Kontakt mit den Leuten aus dem Osten – die man als arme Penner verstand – zu wehren, hat dem nationalistischen Gedanken sicherlich geholfen.

#### Geschichte als Selbstbedienungsladen

In den Jahren 89/90 hiess die in Osteuropa verbreitete Ideologie: zurück zur Tradition. Die Kommunisten haben unsere Tradition zer-

stört, wir müssen einen Weg zurück zur Tradition finden. Da kam es zu einem Phänomen, das man schon aus der Geschichte für Länder wie Grossbritannien oder Deutschland kennt, nämlich die Erfindung der Tradition. Die Geschichte wurde zum Selbstbedienungsladen. Die guten Sachen aus der Vergangenheit werden zur Geschichte, die Schlechten zu einer Fehlinterpretation, die von den Feinden stammt und auferlegt worden war.

#### NationalistInnen kennen keine Chronologie

Die Interpretation der Geschichte weist noch einen anderen sehr wichtigen Aspekt auf: Dass man in

Jugoslawien Tag und Nacht über Geschichte spricht. Man lebt buchstäblich in der Geschichte, die NationalistInnen kennen keine Chronologie. Sie sprechen von Dingen, die sie im Jahr Dreizehnhundertso wie so getan haben, und von Dingen, die ihnen im Jahr Vierzehnhundertso wie so angetan worden sind. Als ob irgend jemand von ihnen in dieser Epoche schon gelebt hätte. Die Vergangenheit wird zur Gegenwart. Das heisst, ehemalige Feinde sind auch noch heute Feinde. Das ist ein Element, das rätselhaft für sehr viele ausländische InterpretInnen ist. Sie verstehen nicht, dass irgendwelche Leute nach Zagreb, Pakrac oder Vukovar kommen und sagen: «Ich lebe hier schon seit 350 Jahren!» Dabei handelt es sich hier nicht um irgendwelche Demagogie, die Leute glauben das wirklich!

Das ist dann auch ein Motiv, um gegen andere zu kämpfen. Man hat gesagt, dass die KroatInnen diese berühmte Brücke in Mostar zerstört haben (was leider wahr ist), aber die erste Reaktion von den kroatischen Behörden war: Wie kann man behaupten, dass wir die Brücke zerstört haben, die wir selbst gebaut haben? Man verliert also die Chronologie in der Geschichte und interpretiert alles auf Gleichzeitigkeit basierend. DAS ist die Motivation des heutigen Handelns in Ex-Jugoslawien. (...)

**Ethnische Säuberung als Konsequenz einer falsch verstandenen Souveränität**

Darum ist das Problem der nationalen Souveränität so wichtig. Man interpretiert in allen postkommunistischen Ländern, und zwar ohne Ausnahme, die nationale Souveränität als eine Souveränität der sich in der Mehrheit befindenden ethnischen Gruppen, die versucht, alle Minderheiten auszuschliessen. Das heisst, die «ethnische Säuberung» ist

eine logische Konsequenz einer so verstandenen nationalen Souveränität.

So hat z.B. ein baltischer Politiker vor einer Kommission des Europarates vor drei Jahren ganz direkt gesagt: «Wenn Sie möchten, dass wir die Menschenrechte garantieren, helfen Sie uns die Russen aus unserem Land zu bringen. Danach können wir die Menschenrechte garantieren.» Das heisst, wenn die «Anderen» weg sind, wenn wir also nur KroatInnen, LitauerInnen, UkrainerInnen im Lande haben, dann sind wir imstande, die Menschenrechte zu garantieren. (...)

**«Sanfter Totalitarismus»**

Ein weiterer spezifisch jugoslawischer Grund, der die ganze Sache verschlimmerte, ist die Tatsache, dass im noch sozialistischen Jugoslawien ein «sanfter Totalitarismus» herrschte, in dem man freier leben konnte als in anderen sozialistischen Staaten. Jugoslawien wurde relativ dezentral geführt. Die Konsequenz war, dass alle Kompetenzen auf die Machtzentren in den Teilrepubliken verteilt worden waren, so dass in Belgrad – als jugoslawisches Zentrum – nur die jugoslawische Armee blieb. Es gab also keine zivile Kontrolle über die Armee. Und die Armee war die einzige Institution, die noch «jugoslawisch» war. Alle anderen fühlten sich slowenisch, kroatisch, serbisch. Die serbische Führung schloss mit der Armee einen Bund.

**Fehlende freie Wahlen**

Vorher noch, in den Jahren 89/90, war die entscheidende Frage, ob die freien Wahlen – die jetzt kommen mussten! – zuerst in den Teilrepubliken oder erst für das gesamtjugoslawische Parlament durchgeführt werden sollten. (...) In dieser Frage konnte man sich einfach nicht

einigen, so dass schlussendlich klar war, dass es keine freien Wahlen geben wird, was das Ende von Jugoslawien bedeutete.

**Missachtung der Minderheitenrechte**

Die Frage war nur, ob sich das Ende ohne Krieg abspielen kann oder nicht. Es ging nicht ohne Krieg, weil es einerseits zwei neue, nach Unabhängigkeit strebende Teilrepubliken (Slowenien, Kroatien) gab, die aber nicht nur nach Unabhängigkeit strebten, sondern auch einige Rechte der Minderheiten nicht anerkannten. (...) Andererseits war die serbische Gruppe, die zentrale Organe noch teilweise kontrollieren konnte, nicht bereit, mit den SlowenInnen und KroatInnen über irgendwelche konföderative Formen zu diskutieren, was eine Begründung für die Unabhängigkeitserklärung des slowenischen und kroatischen Parlaments im Juni '91 war. Es kam zu einigen kleineren Konflikten («Operettenkriege»). Vor der endgültigen Eskalation standen Provokationen, Kämpfe zwischen Serben und Kroaten im Frühling/Sommer '91, bei denen es im Ganzen 14 Tote gab. Schliesslich intervenierte die jugoslawische Volksarmee, eigentlich um die Kämpfe zu bremsen, was aber mehr als 20'000 Tote zur Folge hatte.

Es ist zwar eine perverse politische Logik – aber doch eine Logik –, dass Serben KroatInnen im Namen von Serbien töten und umgekehrt, aber es gibt überhaupt keine Logik, die das begründen kann, was die jugoslawische Armee getan hat, nämlich dass Jugoslawen andere Jugoslawen im Namen von Jugoslawien töten. (...) □

# «TAT<sup>W</sup>ORT, eine Art Stammtisch»

An jedem 10. des Monats lädt die Arbeitsgruppe Damenwahl '94 alle politisch interessierten Frauen im Kanton Zug zum TAT<sup>W</sup>ORT ins Parkhotel ein. TAT<sup>W</sup>ORT möchte ein Forum für alle Frauen sein, die sich im weitesten Sinn für Politik interessieren.

---

## Arbeitsgruppe Damenwahl

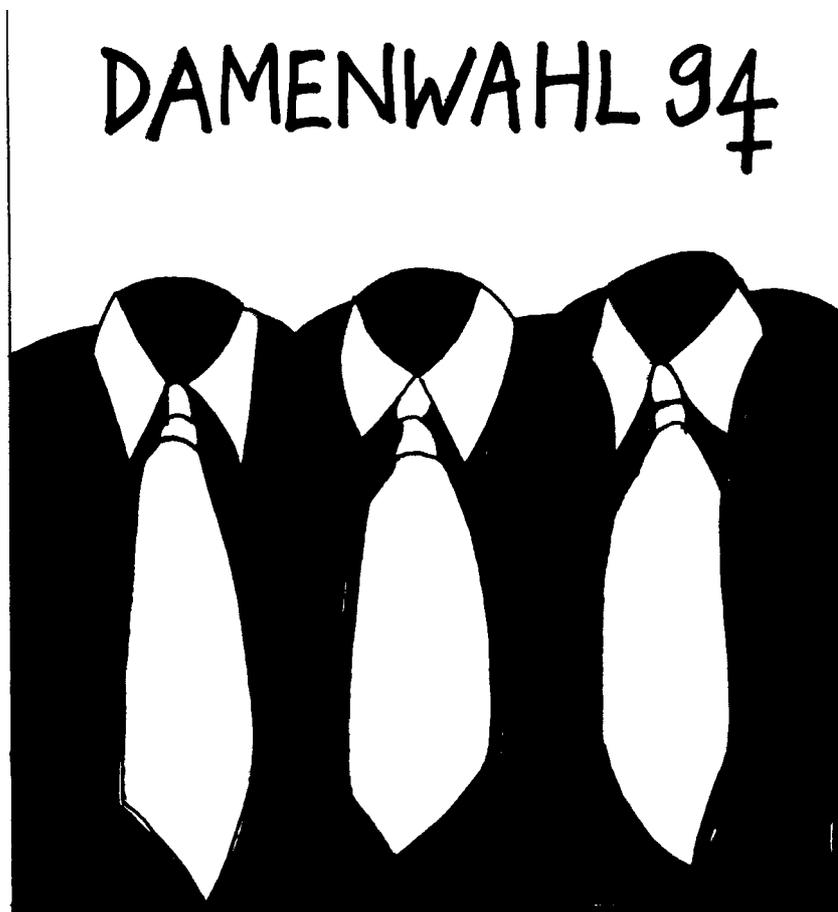
---

Die Gründerinnen der Damenwahl '94 setzten sich vor einem Jahr das Ziel, möglichst vielen Frauen im Kanton Zug ein Netz für ihre politischen Aktivitäten zu bieten. Die Frauen sollten sich gegenseitig stützen und ermuntern, den Schritt in die Öffentlichkeit, in die Politik zu wagen. Das Resultat solch gegenseitiger Unterstützung müsste ein grösserer Frauenanteil auf den Wahllisten im nächsten Herbst und nachher in den politischen Gremien sein.

Mit zwei Anlässen hat die Damenwahl '94 bereits informiert und geschult. Bestandene Politikerinnen wie Nationalrätin Lilly Nabholz und die Berner Grossrätin Barbara Gurtner informierten an einem Podium im November '93 über die Freuden und Leiden der politisch engagierten Frau. An einem ganztägigen Seminar im Januar '94 hatten etwa 30 Frauen mehr Zeit, sich mit diesen Themen zu beschäftigen.

Doch damit ist das Netz noch nicht geknüpft! Sowohl die bereits politisch aktiven Frauen wie auch diejenigen, die den Sprung wagen möchten, fühlen sich oft allein, Einzelkämpferinnen. Männer kennen Stammtische, Zünfte, Berufsorganisationen und nicht zuletzt das Militär, wo sie sich eine Meinung bilden, diskutieren und kritisieren können.

Den Frauen fehlen solche Übungsfelder des Politisierens fast ganz. Darum möchte die Damen-



wahl eines schaffen. TAT<sup>W</sup>ORT heisst es und soll an jedem 10. des Monats ab 19.00 Uhr eine lockere Zusammenkunft im Parkhotel Zug werden. Ideen werden geboren und besprochen. Den Worten sollen Taten folgen. Politikerinnen werden von ihren Taten erzählen, die vermutlich mit kritischen Worten hinterfragt werden. TAT<sup>W</sup>ORT, eine Art Stammtisch, möchte ein Forum

für alle Frauen sein, die sich im weitesten Sinn für Politik interessieren. In ungezwungenem Rahmen können sie diskutieren und debattieren, Solidarität spüren und Kritik aushalten. Sie lernen andere Frauen kennen und bauen Allianzen auf. Alles ist offen. Nur eines ist sicher: Der erste TAT<sup>W</sup>ORT kommt bestimmt – am 10. März 1994 im Parkhotel Zug ab 19 00 Uhr. □

# Eine Reise nach Wien

Regieren besteht nicht nur in der Bearbeitung von aktuellen Geschäften, seien es nun Gesetzesvorlagen, Beschwerdefälle oder Personalangelegenheiten; nach meinem Verständnis von der Arbeit eines alternativen Regierungsrates gehören dazu auch Kontakte zu anderen Grünen und Alternativen im Kanton, in der Schweiz und sogar im Ausland.

---

Hanspeter Uster

---

Schon seit längerem bekannt ist die Praxis von EigentümerInnen, ihre Mietwohnungen den MieterInnen zum Kauf anzubieten. Die Betroffenen stehen vor der Wahl, die Wohnung zu einem oft zu hohen Preis zu kaufen oder auszuziehen.

Für einen besseren Schutz der MieterInnen...

In den Kantonen Genf und Neuenburg gibt es deshalb seit längerem eine Bewilligungspflicht für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Da es sich dabei – wegen der Eigentumsgarantie – um eine verfassungsrechtlich heikle Materie handelt, ist es besonders wichtig, dass das Bundesgericht Beschwerden gegen das Genfer Gesetz abgelehnt hat. Vor kurzem hat nun auch das Tessiner Volk ein entsprechendes Gesetz angenommen.

... und für die Einführung einer Planmehrwertabgabe

Bei der Zuger Stadtplanung schätzt man, dass durch Neueinzonungen und andere Planungsmassnahmen, die eine höhere Nutzung ermöglichen, Gewinne von rund 400 Mio. entstehen würden – und dies quasi über Nacht, ohne dass die EigentümerInnen dazu etwas beitragen hätten (ausser guter Lobby-Arbeit). Das eidgenössische Raumplanungsgesetz fordert deshalb die



**Eine Arbeitsgruppe bereinigt seit einem Jahr die Initiativtexte zu Ortsplanung und Planwertabgabe.**

■ Bild Bulletin

Kantone auf, solche «arbeitslosen» Planungsgewinne abzuschöpfen (bzw. durch Planungsmassnahmen entstehende Minderwerte auszugleichen). Erst wenige Kantone (z.B. Basel-Stadt und Neuenburg) haben dies eingeführt, im Kanton Zürich wurde eine entsprechende Einzelinitiative vom Volk abgelehnt. Gerade aber im Hinblick auf die vor kurzem erfolgten oder anstehenden Ortsplanungsrevisionen ist es wichtig, dass der Kanton Zug möglichst bald die Planmehrwertabgabe einführt.

«Gschaftige» Arbeitsgruppe

Seit über einem Jahr ist eine Arbeitsgruppe mit der Vorbereitung

und Bereinigung der entsprechenden Initiativtexte beteiligt. Ihr gehören Jitka Röthlisberger (Kritisches Forum Cham), Toni Kleimann (Frische Brise/Alternative Fraktion), Erna Staub, Eusebius Spescha, Dolfi Müller, Armin Jans (SP/MieterInnenverband), sowie für die SGA Daniel Brunner und ich an. Anfangs Februar 1994 haben wir die definitiven Texte bereinigt und allen interessierten Organisationen zur Vernehmlassung zugestellt. Ziel ist es, im Frühling die beiden Initiativen möglichst breit zu lancieren. Angeschrieben wurden alle linken und alternativen Organisationen im Kanton Zug, der MieterInnenverband sowie alle Wohnbaugenossenschaften. Aber nicht nur bei der Woh-

nungsfrage, auch bei der sozialen Frage werden wir präsent sein. Statt des Referendums gegen die Steuergesetzrevision ist eine Initiative im Zusammenhang mit der familienergänzenden Kinderbetreuung im Entstehen.

### Politikfähig bleiben

Das Referendum gegen das neue Steuergesetz, das eine massive Verschlechterung zulasten der Alimtenbezügerinnen, aber einen höheren Vermögensfreibetrag bringt, wird – leider – aus Kräftegründen nicht ergriffen. Welche Auswirkungen das für die Oppositionspolitik der Alternativen und Linken hat, müssen wir ernsthaft diskutieren, denn wir müssen wieder in der Lage sein, auch ausserhalb des Parlamentes aktive Politik zu machen. Nicht nur wir von der SGA und von den alternativen Gruppen, auch die SP als mitgliederstärkste Organisation muss die Grundlagen für eine nicht nur auf das Parlament und seine Kommissionen beschränkte Politik schaffen, und zwar organisatorisch wie auch vom Bewusstsein her. Denn die beste Parlamentsarbeit stösst an die Grenzen eines harten bürgerlichen Blockes, den wir nur über ausserparlamentarische Instrumente wie Referendum und Initiative aufweichen können. Die Unterschriftensammlung für das Fänn-Referendum (der die SP fernblieb) ist das in dieser Legislaturperiode einzige, aber dafür ein sehr gutes Beispiel für diese zweigleisige Politik: nämlich hart und kompetent, aber milderheitlich im Parlament, dafür mehrheitsfähig beim Volk.

### Leistungsabhängige Verkehrsabgaben

An der SGA-Bildungswerkstatt stellte ich Ende Oktober 1993 im Hinblick auf die anstehende Gesetzesrevision mein Projekt einer lei-



**Verkehrspolitisch kein Problem und deshalb sicher abgabefrei: Platz vor der «Münz» vor zirka 100 Jahren.** ■ Historische Aufnahme

stungs- und verbrauchsabhängigen Motorfahrzeugsteuer vor, das am Abend selber und in der Presse auf ein gutes Echo stieß. Der Erfolg der Verfassungsbestimmung über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe in der Abstimmung vom 20. Februar 1994, zeigt, dass auch auf kantonaler Ebene eine Änderung des Motorfahrzeugssteuergesetzes keine Utopie ist.

### Red und Antwort zur Fremdenpolizei

Sehr viele Aus- und InländerInnen nahmen an einem weiteren Bildungswerkstatt-Abend teil, an dem die AusländerInnen das Wort hatten und formulierten, was sie von uns (und von sich selber) erwarten. Insbesondere im Bereich des Familiennachzuges gab es einige Kritik an der Praxis der Fremdenpolizei; ich habe daraufhin die entsprechenden Schritte eingeleitet, und einige Beschwerden wurden inzwischen vom Regierungsrat auf Antrag der Justiz- und Polizeidirektion auch gutgeheißen. Es ist wichtig, dass ich – in

allen Bereichen, für die ich zuständig bin – Kritik ernst nehme und nötige Veränderungen einleiten kann.

### Gute Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbüro

Gewichtige Bürgerliche sind gar nicht erbaut über das Gleichstellungsbüro. Meine Erfahrungen hingegen sind sehr gut; die Bearbeitung des Feuerschutzgesetzes ist ein gutes Beispiel, um zu zeigen, wie wichtig und nötig die Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbüro ist. Unsere Direktion diskutierte die Einführung der Feuerwehrrpflicht und die verschiedenen Modelle von Anfang an mit dem Büro, verarbeitete die Stellungnahmen und konnte so unsere Vorlage in gewichtigen Punkten verbessern. Ein Beispiel: Das Gleichstellungsbüro machte darauf aufmerksam, dass die Einführung der Feuerwehr-Pflicht für die Frauen auch mit Rechten verbunden sein muss; diese Rechte müssten aber, wie die Pflichten, im Gesetz ausdrücklich festgeschrieben

werden. Wir nahmen deshalb auf Anregung des Büros eine Bestimmung ins Gesetz auf, welche die Gemeinden verpflichtet, bei der Besetzung insbesondere von Kaderstellen auf eine angemessene Vertretung von Frauen zu achten. Mir macht es überhaupt keine Mühe, mit dem Gleichstellungsbüro zusammenzuarbeiten. Denn letztlich zahlt sich eine frühzeitige Kontaktaufnahme für alle Beteiligten aus: für das Gleichstellungsbüro, das ohne Zeitdruck arbeiten kann, wie für die zuständige Direktion. In erster Linie kommt es aber der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann zugute, bei der es im Kanton Zug noch viel zu tun gibt.

### Strafvollzug und innere Sicherheit

Nach dem Mordfall am Zollikerberg reichte FDP-Kantonsrat Eder eine Interpellation ein und erkundigte sich – mit einer unnötig langen Schilderung der Bluttat – nach der Urlaubspraxis im Bostadel. Der Regierungsrat nahm dazu – auf Antrag der Justiz- und Polizeidirektion – Stellung und legte klar, dass bei der grossen Mehrheit der Insassen zum bisherigen Strafvollzug keine Alternative bestehe; wichtig ist aber, dass bei gemeingefährlichen Tätern der Schutz der Öffentlichkeit gewährleistet ist.

Ich habe deshalb im Rahmen des Nordwest- und Innerschweizer Strafvollzugskonkordates das Präsidium einer Arbeitsgruppe übernommen, die sich mit dem Strafvollzug an gemeingefährlichen Tätern beschäftigt. Der Kommission gehören VertreterInnen der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, der Einweisungsbehörde, Direktoren der verschiedenen Anstaltstypen (für Erstmalige, Rückfällige und Massnahmebedürftige), der Opferhilfe und der Bewährungshilfe an; es freut mich besonders, dass im männerlastigen



**Um die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau zu erreichen, gibt es noch viel zu tun.**

■ Bild Bulletin

Strafvollzugsbereich vier Fachfrauen in der Arbeitsgruppe mitarbeiten. Es geht uns nicht um einen Schnellschuss, sondern um eine sorgfältige Abklärung, wie gemeingefährliche Täter in allen Phasen des Strafvollzugs – von der Verhaftung bis zum Entscheid über die definitive Entlassung – zu behandeln sind.

Eder will die «wirklichen Ängste und Nöte der Bevölkerung ernst nehmen». Er irrt aber, wenn er meint, dazu gehöre auch, «dass wir den humanen Strafvollzug hinterfragen» (Zuger Nachrichten 19.2.94). Für die Grosszahl der Täter gibt es dazu, wie es der Regierungsrat festgehalten hat, keine Alternative. Denn – abgesehen von gemeingefährlichen Delinquenten – wird jeder Verurteilte irgendwann aus dem Strafvollzug entlassen; wird diese Entlassung nicht mit Beziehungsurlauben und mit nach Progressionsstufen gestaffelter Aussenarbeit vorbereitet, scheidet der Betroffene mit grosser Wahrscheinlichkeit – und dann stellt er für die Öffentlichkeit tatsächlich eine Bedrohung dar. Markige Sprüche sind vielleicht für einen Wahlkampf tauglich – für die Be-

wältigung der wirklichen Aufgaben dienen sie in den wenigsten Fällen.

Reisender in Sachen Innerer Sicherheit...

Das Grüne Bündnis Bern beschäftigt sich – wie kürzlich auch die Grüne Partei der Schweiz – mit der Inneren Sicherheit. Es ist wichtig, dass wir dieses Feld nicht der SVP, der sich betont anti-liberal gebärdenden FDP und der CVP (mit Bundessicherheitsminister Koller) überlassen. Ich werde Mitte März 1994 an einem entsprechenden Podium in Bern teilnehmen.

...bei den österreichischen Grünen

Doch nicht nur wir Alternativen in der Schweiz sind an der Erarbeitung von alternativen Konzepten zur Inneren Sicherheit. Auch die österreichischen Grünen sind dabei, ein umfangreiches Papier dazu zu diskutieren. Anfangs Februar 1994 war ich Gast der österreichischen Grünen und hielt mich eine Woche in Wien auf. Und hier ist ein Blick in das Bulletin 4/91 interessant: Dort erwähnte ich die Pressekonferenz, an der ich zusammen mit dem Polizeikommando anfangs Oktober 1991 die Umsetzung des KAPO 2000-Konzeptes vorgestellt hatte, mit der die Polizei von 160 auf 176 BeamtInnen, davon fünf für die Umweltpolizei, ausgebaut wird. Dieses Konzept ist jetzt umgesetzt – und dieses Konzept habe ich den Grünen und über eine Pressekonferenz auch der Öffentlichkeit am 10. Februar 1994 in Wien vorgestellt.

Interesse an konkreter Umsetzung

Die österreichischen Grünen, die ein ganz klar alternatives und linkes Profil haben und sich nicht nur auf ökologische Fragen beschränken, wollten von mir nicht grundsätzliche Konzeptaussagen, sondern etwas er-

fahren über die konkrete Umsetzung grünalternativer Vorstellungen im Polizeibereich. Dies zeigt einmal mehr, dass sich eine klare politische Position und eine sachlich-pragmatische Umsetzung nicht ausschliessen; ich meine sogar, beides bedingt sich gegenseitig.

#### Stark zentralisiert

In Österreich ist das Polizeiwesen stark zentralisiert; das Bundes-Innenministerium ist für die gesamte Polizei in allen Bundesländern zuständig; die Länder und die Städte haben – anders als in der Schweiz, wo es gerade umgekehrt ist, keine eigentlichen Kompetenzen. Ein Besuch beim Polizeipräsidenten (= Polizeikommandanten) der Stadt Wien – er gebietet über fast 10'000 Beamte – zeigte dies deutlich. In einem solchen Apparat ist es denn auch schwierig, Veränderungen zu erreichen. Dazu kommt, dass bei der Polizei offenbar auch latent und offen auftretender Rechtsextremismus (z.B. Hitler-Gruss im Büro und ähnliches) vorkommen. Hier waren die Grünen sehr interessiert an unserem erfolgreichen Konzept «Umgang mit Fremden», dessen erster Pilotkurs im November 1993 stattgefunden hatte.

Ein grosser Apparat ist selten veränderungswillig und selten veränderungsfähig; zu viele Einzelinteressen können sich in irgendwelche Nischen festsetzen. Deshalb, so Peter Pilz, der Bundessprecher der österreichischen Grünen, seien gerade kleine Einheiten für Reformen viel interessanter und auch tauglicher, und deshalb hätten sie mich auch eingeladen. Weg also von den zentralen Apparaten, meinte er. Als wichtige Erkenntnis wies ich in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei jeder Polizeiorganisation alle 10, spätestens aber alle 15 Jahre die Strukturen überprüft werden;

sonst sammelt sich zu viel Routine nach dem Motto «Das haben wir schon immer so gemacht» an. Selbstverständlich fanden auch die Umweltpolizei, die vermehrte Verfolgung von Wirtschaftsdelikten, die erhöhte Bereitschaft und die damit verbundene Verbesserung der Inneren (sprich subjektiven) Sicherheit sowie meine Unterstützung der Dro-Log-Initiative reges Interesse.

#### Auch Alpeninitiative ein Thema

Während der Pressekonferenz, an der ich das Reorganisationskonzept KAPO 2000 vorstellen konnte, war auch die Alpeninitiative ein Thema, und ein sehr aktuelles dazu, weil die EU-Beitrittsverhandlungen mit Österreich stark um die Transitfrage zentriert waren (und es noch sind). Gleich nach dem Volks-Ja habe ich sehr positive Reaktionen aus Österreich erhalten, die sich erstaunt und erfreut über die Vorreiter-Rolle der Schweiz zeigen.

#### Viel Arbeit – wenig Ferien

Eigentlich wollte ich in Wien mit Kathrin auch einige Tage Ferien verbringen. Die meisten Tage waren aber angefüllt mit Besprechungen, Besuchen, Besichtigungen und Arbeitessen (z.B. in einem typischen Innenstadt-Beisel namens KERN). Mit der für Justiz zuständigen Nationalratsabgeordneten besprach ich Strafvollzugsfragen, die Revision der Strafprozessordnung, Fragen der Inneren Sicherheit, aber auch allgemeine grün-alternative Themen. Mit ihr konnte ich das Landesgefängnis mitten in der Stadt besuchen, das rund 1'000 Untersuchungshaftplätze hat. Empfangen von einem echten Hofrat, konnten wir den riesigen Komplex besichtigen, mit Gefangenen und mit Aufsehern sprechen.

Eine Stadtrundfahrt ganz beson-

derer Art wurde von der für Kultur zuständigen Grünen zusammengestellt: Wien ist eine riesige Stadt und flächenmässig 1,8 Mal so gross wie der ganze Kanton Zug. Sie wächst dauernd, vor allem an den Rändern. Dass es dazu Alternativen gäbe, konnten wir an der sehr interessanten Führung erleben.

Wir besuchten zwei je 60 bis 70 Hektaren grosse Gebiete (ein Gaswerk und das Gelände um den ehemaligen Nordbahnhof), die mitten in der Stadt liegen und auf denen Stadtentwicklung nach Innen möglich wäre. Auf dem Gaswerkareal stehen vier 70 Meter hohe, riesige, mit Backstein ummauerte Gaskessel, die seit dem Anschluss ans Erdgas nicht mehr in Betrieb sind. Auf dem Nordbahnhof-Areal sollen rund 12'000 Menschen «angesiedelt» werden. Eine Reise nach Wien lohnt sich also auch wegen der Stadtentwicklung-Diskussion, die dort, wie mir scheint, auf einem höheren Niveau geführt wird als in Stadt und Kanton Zug.

#### Erstochener Polizeidirektor

Zwar hat am 10. Februar 1994 der Opernball stattgefunden; da aber auch ein Teil der von mir besuchten Grünen regelmässig an den Protestdemos mitgemacht hatten, verzichtete ich auf die Miete eines Fracks und die Besorgung der nicht eben gerade billigen Eintrittskarten. Eine Demo fand aber auch nicht statt... Dafür waren wir zwei Tage vorher in der Staatsoper, einem der grossen Opernhäuser der Welt, und erlebten, wie Tosca am Ende des zweiten Aktes den römischen Polizeipräsidenten ersticht – zum Glück nur auf der Opernbühne. Am Schluss unseres Aufenthaltes kamen wir dennoch zu einigen etwas weniger hektischen Tagen in verschiedenen der zahlreichen Museen der Stadt. □

# Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer

Die Revision des Steuergesetzes war in verschiedenen Belangen umstritten. Die Ratslinke kämpfte gegen verschiedene Punkte der Vorlage erfolglos mit einem Minderheitsbericht. Der Hauptstreitpunkt bildete die Besteuerung der Kinderalimente. Der Rat stimmte schlussendlich dem revidierten Gesetz mit 49 : 11 Stimmen zu. Auf die Ergreifung des Referendums wurde verzichtet.

---

Jörg Rüttimann

---

In der ersten Lesung fand der Antrag der Kommissionsminderheit, es sei bei der Besteuerung der Kinderalimente auf einen Systemwechsel zu verzichten, noch eine Mehrheit von 38 : 30 Stimmen. Beim von der Regierung vorgeschlagenen Systemwechsel muss die Empfängerin die Alimente als Einkommen versteuern, was dem Kanton jährlich Mehreinnahmen von rund 800'000 Franken beschert wird. In der zweiten Lesung stimmte der Rat dem Systemwechsel mit dem Zusatz, nur 80% der Alimente zu versteuern, mit 47 : 23 Stimmen zu. Damit hat der Rat bewiesen, dass er die wirtschaftlich schwachen Eineltern-Familien zusätzlich finanziell belasten und bedrängen will. Auch dem Antrag von Urs Kern für den zwingenden Ausgleich der kalten Progression hat der Rat nicht stattgegeben. Auch alle übrigen Anträge der Alternativen Fraktion und der SP wurden in der Steuerdebatte unter den Tisch gefegt.

## Warum kein Referendum?

Bei soviel Misserfolg im Rat, stellt sich die Frage, warum das von uns androhte Referendum gegen die Gesetzesvorlage nicht ergriffen wurde. Die SP sah sich nicht im Stande, ein Quorum an Unterschriften zu garantieren. Damit wäre die Arbeit allein bei der SGA und allenfalls den weiteren alternativen Gruppierungen

## «Familienergänzende Betreuung»

Die SP und die Alternative Fraktion erwägen eine Initiative, welche die Abzugsfähigkeit der Kosten für die familienergänzende Betreuung von Kindern vorsieht. Das Ziel einer solchen Initiative soll sein, eine steuerliche Entlastung zu erreichen, die über das Jahr 2001 Gültigkeit haben wird. «Dies käme zum einen den Alleinerziehenden zugute, zum anderen aber auch allen anderen Familien, die auf die Berufstätigkeit beider Elternteile angewiesen sind». Eine Arbeitsgruppe aus SP und SGA-Leuten wird mit allen interessierten Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen Kontakt aufnehmen, um über die Lancierung einer entsprechenden Initiative zu diskutieren.

gen angefallen. Ein Unterfangen, das uns im jetzigen Zeitpunkt kräftemässig stark gefordert, wenn nicht überfordert hätte. Wer für ein Referendum plädieren will, sollte sich auch konsequenterweise überlegen, wie die 1500 Unterschriften garantiert werden können. Zudem kam von Seiten der SP als Alternative ein Initiativvorschlag (Siehe Kasten).

Auch das Gesetz über die Zuger Kantonbank musste wegen den verschiedenen Änderungen im Aktienrecht revidiert werden. Die Regie-

rung hat diese Gelegenheit dazu genutzt, um auch die Gewinnverteilung zu ungunsten des Kantons neu zu regeln. Sybilla Schmid stellte den Antrag im Namen der Alternativen Fraktion, auf eine neue Gewinnverteilung im heutigen Zeitpunkt zu verzichten. Sie argumentierte, es sei nicht einzusehen, warum die Gewinnverteilung einseitig zugunsten der privaten Aktionäre verändert werden solle, während das volle Risiko (Staatsgarantie) unverändert vom Staat getragen werden müsse. Diese Argumentation liess den Rat kalt und er stimmte grosszügig mit 61 : 9 Stimmen der neuen Gewinnverteilung zu.

## L&G-Areal

Bei der Beantwortung der Interpellation betreffend ehemaliges L&G-Areal an der Hofstrasse gab Paul Twerenbold bekannt, dass die Regierung einen Eigengebrauch des Fabrikhochhauses zur Zeit abklären lässt. Der Rest der Liegenschaft inklusive das Theilerhaus soll verkauft werden, primär der Stadt Zug, sekundär auf dem freien Markt. Der Verkauf wurde mit dem grossen Finanzbedarf des Kantons begründet. Ziel sei eine kostenneutrale Veräusserung, was zu deutsch heisst: ein Quadratmeterpreis von 1500 Franken plus Verzinsung des investierten Kapitals für die letzten fünf Jahre. Ich ermahnte die Regierung, mit dem Grundstück nicht zu spekulieren und so preistreibend auf dem Immobilienmarkt zu wirken. Im weite-

ren verlangte ich eine sofortige Vermietung, respektive einen schnellen Verkauf der seit fünf Jahren leerstehenden Liegenschaft.

#### Proporz ist frauenfreundlicher

Rund ging es bei der Erheblicherklärung der Majorz-Motion von U.B. Wyss zu. Nicht weniger als 11 Rednerinnen und Redner nahmen das Thema zum Anlass, um ausgiebig über das Für und Wider der Majorzwahl für die Exekutive zu argumentieren. Auffallend war die nicht überzeugende Argumentation der (ausnahmslos männlichen) Befürworter. Sie müssen sich bis zur Volksabstimmung wohl noch einiges einfallen lassen. Für die Alternative Fraktion legten sich Toni Kleimann und Monica Feuz ins Zeug. Für Toni ist es schlicht unverständlich, warum die Regierung sich für die Erheblicherklärung der Motion ausspricht, obwohl der regierungseigene Bericht die gewichtigeren Argumente für den Proporz liefert. Monica hat deutlich aufgezeigt, dass der Proporz klar das frauenfreundlichere Wahlsystem ist. Der Rat überwies die Motion mit 39 : 26 Stimmen. Somit wird das Volk endgültig über das Wahlsystem zu befinden haben.

#### Müssen Steuern erhöht werden?

Hinsichtlich des Traktandums Finanzplanung 1994 - 1997 hat Urs Hausheer von der Alternativen Fraktion verschiedene Fragen aufgeworfen, die den Finanzbedarf und die Steuerpolitik des Kantons betreffen. Er stellte sich auf den Standpunkt, dass der Kanton nicht um eine Steuererhöhung herumkommt, ausser es würden gewaltige Abstriche an geplanten Investitionen vorgenommen. Inakzeptabel scheint ihm zu sein, die Lasten durch Verschuldung auf die nächste Generation zu verschieben. Schon heute steht



**Mit der Revision des Steuergesetzes hat der Rat bewiesen, dass er die wirtschaftlich schwachen Eineltern-Familien zusätzlich finanziell belasten will.**

■ Bild Bulletin

fest, dass der Kanton in den nächsten fünf bis zehn Jahren keine Einnahmenüberschüsse mehr erzielen wird. Die Finanzreserven dürften relativ rasch aufgebraucht sein, so dass vermehrt Fremdkapital beschafft werden muss und somit die Verschuldung des Kantons grösser wird.

#### Projektwettbewerb auf dem Gaswerkareal verlangt

Unbestritten war das Eintreten auf die Vorlage über die Bauten auf dem Gaswerkareal. Es wird das grösste Hochbauvorhaben des Kantons werden. Auf dem 25'000 Quadratmeter grossem Areal sollen ein ZVB-Stützpunkt, die Kaufmännische Berufsschule, eine Sporthalle und die Räumlichkeiten der Steuerverwaltung unterkommen. Arlene Wyttenbach betonte die Wichtigkeit für eine optimale Zusammenarbeit mit der Stadt Zug, damit das bedeutende Bauvorhaben auch den städtebaulichen Ansprüchen genüge.

Nach dem Vorliegen des Generalplans verlangt sie einen Projektwettbewerb.

#### Deregulierungswut am falschen Ort

Mit der Totalrevision des Energiegesetzes in erster Lesung kann der Kantonsrat nicht brillieren. Von den verschiedenen Anträgen bürgerlicherseits konnte man den Eindruck gewinnen, dass es das optimale Gesetz sei, wo die Deregulierer ihrer Streichungswut freien Lauf lassen können. Der Aspekt des Umweltschutzes existiert höchstens in ihren Wahlprogrammen und lässt konkrete Taten, wie sie bei einem gutem Energiegesetz folgen könnten, vermessen. Man wird in die Lage gezwungen, den Status Quo zu verteidigen. Es entsteht dabei die groteske Situation, dass der Baudirektor Paul Twerenbold die fortschrittlichere Meinung vertritt als seine Widersacher im Rat. Neue innovative Vorschläge sind dadurch chancenlos. □

# Stöhnen und Ächzen

**Stöhnen, Ächzen, Augen verdrehen, Kopfschütteln oder gequältes Lächeln: das widerspiegelt so ungefähr die herrschende Stimmung der GemeinderätInnen gegenüber der 2. Lesung der Zuger Stadtplanung, unabhängig von ihrer politischen Herkunft.**

---

Annemarie Csomor &  
Martin Stuber

---

Vier ganztägige Sitzungen im Januar und Februar brachten weitgehend das erwartete Resultat (vgl. hierzu die ausführlichen Analysen im letzten Bulletin). FdP und CVP spielten ihre Mehrheit wieder aus, was durch die teilweise schwache numerische Präsenz unserer Fraktion – d.h. v.a. der SP – noch erleichtert wurde. Gegenüber der ersten Lesung verschlechterte sich die Vorlage nochmals.

So drang z.B. der CVP-Gemeinderat Felix Horber mit seinem Antrag durch, die Strukturerehaltungszonen ganz zu streichen. Die Wohnanteile wurden nochmals gesenkt und die Ausnutzungsziffern erhöht. An der 100-prozentigen Öffnung des L&G-Areals für betriebsfremde Büros bei gleichzeitigem Wohnverbot war nicht zu rütteln. Als Jo Lang die Bürgerlichen zu einer Aussage zu diesem Wohnverbot aufforderte, beantragte CVP-Fraktionschef Leo Granzio mit Erfolg Diskussionsabbruch.

Bemerkenswert ist, dass der christlichsoziale Flügel in der CVP die harte bürgerliche Linie während der ganzen Verhandlungen weitgehend unterstützte!

## Flugblatt wirkt

Eine gewisse Wirkung bei der CVP zeitigte dann das vierseitige gemeinsame SP/SGA-Flugli, welches



## Die Senkung der Wohnanteile dürfte die leerstehenden Bürobauteile kaum füllen.

■ Bild Bulletin

Ende Januar an alle Stadtzuger Haushaltungen verteilt wurde. Plötzlich gab es vereinzelt kleinere Abstimmungserfolge dank CVP-Stimmen – und zwei grössere: auf dem L&G-Areal gibt es jetzt im südlichen Bereich eine Kernzone mit 50% Wohnanteil, und die Gimenen bleibt ausgezont. Wobei natürlich auch taktische Überlegungen im Hinblick auf die Volksabstimmung eine Rolle spielen: eine Teileinzonung Gimenen hätte die Vorlage wohl vollends gekippt und ein völliges Wohnverbot auf dem Areal der L&G dürfte der CVP-Basis nur schwer zu erklären sein. So ergab sich eine relativ durchsichtige Arbeitsteilung: Die FdP markierte die harte, kompromisslose Vertretung der Grundbesitzer-Interessen,

während die CVP zwar diese Haltung in fast allen wichtigen Punkten stützte, aber auch mit einzelnen Entscheidungen versuchte, die Vorlage mehrheitsfähig zu halten.

Wir werden's ja sehen. Zuerst gibt es aber noch eine 3. Lesung, die Volksabstimmung dürfte kaum vor Ende Jahr über die Bühne gehen.

## Chaotikum bleibt

An 18. Januar wurde ausser der Stadtplanung endlich die Vorlage zu Jugi, Chaotikum und Bühne an der Stadtgrenze diskutiert und wurden brutto 505'000 Franken bewilligt. Die Debatte hätte bereits an der letzten GGR-Sitzung im Dezember 1993 stattfinden sollen. Die Ratpräsidentin zog damals das Nach-

# ASCOM, Motorola usw.

tessen der GGR-Mitglieder vor, so dass vor allem das Chaotikum bis Januar im luftleeren Raum schwebte.

Viel zu reden gaben die Einsparungsvorschläge des Stadtrates bei den Personalkosten des Jugendzentrums im Betrage von 15'000 Franken. Diese wurden in Frage gestellt, da die Arbeitsqualität des Jugendzentrum-Teams als sehr gut eingestuft wurde. Gemäss Antrag Ruth Jorio, der mit 18:16 Stimmen gutgeheissen wurde, muss der Stadtrat nochmals über die Bücher (hoffentlich in Zusammenarbeit mit dem Verein Zuger Jugendtreffpunkte).

Der Betrieb des Chaotikum ist für die nächsten vier Jahre gesichert und der Betriebsbeitrag von 85'000 Franken pro Jahr bewilligt. Den krönende Abschluss dieser Verhandlungen bildete das gemeinsame Mittagessen der GGR-Mitglieder im Chaotikum.

Ebenfalls nicht umstritten war die Schaffung eines SPITEX-Zentrums für die Stadt Zug; andere Gemeinden operieren damit ja schon länger mit Erfolg.

Schon fast als Rohrkrepierer müsste eigentlich die Altstadt-Interpellation Christen/Wickart bezeichnet werden. Der Versuch, sich als Interessenvertreter der Altstadt aufzuspielen, misslang. Jo Lang, Beat Holdener, Henry Bachmann machten klar, dass das Gejammer aus der falschen Ecke kommt, forcierten doch FDP und CVP damals das völlig überdimensionierte Metall-Center, das zu einem grossen Teil für die wirtschaftlichen Probleme in der Altstadt verantwortlich ist. V.a. Henry Bachmanns Bemerkung, dass ausgerechnet die Verfechter der Privatinitiative jetzt plötzlich vom Stadtrat noch mehr Aktivismus verlangten, wo doch gerade in der Altstadt genug Spielraum für Privatinitiative bestehe – der z.T. auch genutzt werde – bewirkte einige gequälte Gesichter in der Ratsmitte. □

**Verkehrte Welt: Im Kanton Solothurn führen klassische Wirtschaftsfreisinnige die Kantonbank in den Abgrund und eine ebenso freisinnige Seilschaft die grösste Solothurner Industrieunternehmung (ASCOM) an den Rand desselben. Zur gleichen Zeit macht im Kanton Zug ein sozialistisch-grüner Regierungsrat Ernst mit der Deregulierung und kauft ein millionenschweres Polizeifunk-System nicht bei der ASCOM, sondern bei der amerikanischen Konkurrenz: weil die halt besser und billiger sind.**

---

Martin Stuber

---

Hanspeter Uster hat diesen Entscheid im letzten Bulletin detailliert und einleuchtend erklärt. Ich hätte vermutlich gleich entschieden. Allerdings greifen seine grundsätzlichen Ueberlegungen zu kurz und wir begeben uns mit einer relativ kritiklosen Übernahme der Marktlogik in ein heikles Rutschgebiet mit Steinschlaggefahr. Hier will einerseits jeder Schritt wohlüberlegt sein, andererseits kann Stillstehen ebenso riskant sein.

Freie Marktwirtschaft gemäss neoliberaler Theorie hiesse z.B.:

- ◆ für die KapitalbesitzerInnen: das Geld dort zu investieren, wo der Gewinn möglichst sicher und möglichst hoch ist, am liebsten beides.
- ◆ für die KonsumentInnen: nur dort zu kaufen, wo das beste Preis-Leistungsverhältnis herrscht.
- ◆ für die Lohnabhängigen: der Lebensstandard hängt weitgehend von der Stellung im Arbeitsmarkt (Höhe der Arbeitslosigkeit, Ausbildung) ab.

Freie Marktwirtschaft?

Die drei Beispiele allein zeigen, dass es die freie Marktwirtschaft gar nicht gibt.

Wenn z.B. der Lebensstandard der Lohnabhängigen nur den Gesetzen der freien Marktwirtschaft folgen würde, hätte sich die moderne

Industriegesellschaft gar nicht entwickeln können. Das macht das klassische Dilemma des Unternehmers deutlich: Einerseits möchte er die eigenen Lohnkosten möglichst tief halten, um möglichst billig zu produzieren, andererseits möchte er, dass die anderen Unternehmer hohe Löhne zahlen, damit sich möglichst viele Leute seine Produkte kaufen können. Wenn die amerikanische Regierung von den Japanern verlangt, sie sollten mehr konsumieren, steckt dahinter die eine Seite des Dilemmas, denn da müssten ja die Japaner mehr Lohn bekommen.

Der einzelne Unternehmer kann dieses Dilemma nicht lösen. Die Lohnabhängigen «helfen» ihm, es zu lösen, indem sie sich organisieren und ihre Arbeitskraft zu ausgehandelten Bedingungen verkaufen, oder via Staat für alle Unternehmen verbindliche Regeln setzen. Von freier Marktwirtschaft keine Spur, ganz einfach, weil sie hier gar nicht funktionieren würde, respektive die Resultate desaströs wären.

Gewinnmaximierung?

Oder das Beispiel mit dem Gewinn: Es gibt einen grundlegenden Widerspruch zwischen kurzfristiger Gewinnmaximierung und Sicherung der langfristigen Gewinnaussichten. Beides zusammen geht nur bei einem Monopol oder mittels Kartell. Im andern Fall muss nämlich ständig reinvestiert werden, um konkurrenzfähig zu bleiben, und der reinvestierte Gewinn kann nicht

## POLIZEIFUNK-ENTSCHEID DER ZUGER REGIERUNG

konsumiert werden (z.B. als Dividende) und wird vom Kapitalbesitzer also auch nicht als solcher betrachtet. Nebenbei: Ein Teil des phänomenalen Aufschwungs der japanischen Wirtschaft erklärt sich aus dem hohen Reinvestierungsgrad und dem damit verbundenen starken Wachstum der Produktivität.

### Homo Economicus?

Zum Konsumverhalten der Leute: Wären die KonsumentInnen nur die rationalen Wirtschaftssubjekte, als die sie in der Theorie der freien Marktwirtschaft behandelt werden, dann sähe die Welt anders aus. Dann würde z.B. wesentlich weniger Auto gefahren, denn das Auto ist bedeutend teurer als der öffentliche Verkehr – ganz zu schweigen vom Velo – und mindestens in den Agglomerationen nur unwesentlich schneller, wenn überhaupt. Aber solange die grosse Mehrheit beim Preisvergleich nicht von den realen Kilometerkosten ausgeht, sondern nur das Benzin rechnet, bleibt alles beim alten. Die Konsumgüterindustrie weiss das ja übrigens auch: Ein kurzer Blick auf die Werbung zeigt, dass selten an den Verstand appelliert wird, sondern an Gefühle, Vorurteile, Geschmack, Kompensationsbedürfnisse, Frustrationen etc. Es kommt nicht von ungefähr, dass eine gute Sache herzustellen noch nicht genügt, sie muss auch richtig «vermarktet» werden, sonst kauft's niemand.

### Und die Konkurrenz?

Aber die Konkurrenz, die gleicht das doch alles aus, die sorgt für Innovation, für Produktivitätssteigerung, von der alle profitieren, nicht?

Stimmt, dank der rasanten Entwicklung im Computerbereich schreibe ich heute diesen Text auf meinem eigenen, erschwinglichen



**Die ASCOM hat im Schutz des PTT-Monopols eine ruhige Kugel schieben können – und den Zug verpasst: Bald funkt's hier mit Motorola.**

■ Bild «175 Jahre Kantonspolizei Zug»/«75 Jahre Verband der Kantonspolizei Zug»

PC (Made in Taiwan, Ausnahme: Hard- und Floppydisk Made in Japan) mit einer modernen Textverarbeitungs-Software (Made in USA), schau in einen schön bunten, flimmerfreien Monitor (Made in Japan) und freue mich über die angenehme, ergonomische Tastatur (Made in Malaysia). Ohne die mörderische Konkurrenz hätten sich die PCs nicht so schnell entwickelt, wären die Preise nicht so schnell gefallen. Sie fallen ja inzwischen schon so schnell, dass ein PC immer im falschen Moment gekauft wird, nämlich zu früh.

### Stichwort Monopol

Falsch! Das Gegenteil ist wahr. Den komplett vernetzten PC mit

Maus und anwenderfreundlicher Software gab's schon 1975. Entwickelt von der Firma RANK XEROX buchstäblich auf der grünen Wiese, aufbauend auf einem flexiblen, ausbaufähigen Betriebssystem – kein Vergleich mit dem Betriebssystem MS-DOS, mit dem wir uns heute noch herumplagen müssen. Einen Haken hatte die Sache: Die Führung von RANK XEROX getraute sich nicht, dieses System zu vermarkten. So konnte IBM anfangs der 80er Jahre den PC-Markt recht eigentlich kreieren – verglichen mit dem RANK-System mit einer Steinzeitkiste, die dann aber durch ihre blasse Verbreitung (wer erinnert sich noch an die grossangelegte Werbekampagne mit der Figur von Charlie Chaplin? – ausgerechnet

er!) den Standard setzte und eine schnelle Entwicklung hin zu benutzerfreundlichen PCs für lange Zeit blockierte. Und dabei ganz schön absahnte: Stichwort Monopol.

Es hat Jahre gebraucht, um dieses Monopol zu knacken, und das war auch nur möglich, weil ein PC verglichen mit einem Mainframe (die ursprüngliche IBM-Domäne) eine relativ einfache Sache ist – und weil in Taiwan die Regierung vor Jahren ein grossangelegtes, staatliches Förderungsprogramm gestartet hatte, mit dem Ziel, weltweit führend bei der Herstellung von PC-Komponenten zu werden. Das ist dann auch gelungen und damit war das IBM-PC-Monopol gebrochen: Innovation dank Staat also – von wegen freier Marktwirtschaft.

Wer profitiert von der Innovation?

Und was ist mit der Innovation und Produktivitätssteigerung, von der alle profitieren? Doch nur, wenn deren Früchte an die ProduzentInnen weitergegeben werden. Und genau das passiert in der Schweiz zurzeit nicht: die Reallöhne stagnieren oder sinken und die Arbeitszeit bleibt gleich oder steigt sogar wieder, während die Produktivität ständig steigt. Kein Wunder haben wir Arbeitslosigkeit.

Drei grosse Trends

Das tiefere Problem, das dahinter steckt, ist ein Dreifaches:

1. Die Ausweitung des Weltmarktes auf immer mehr Güter und die damit einhergehende Ausweitung der Konkurrenz und der Arbeitsteilung. Dies wird besonders durch das Eindringen der Mikroelektronik in immer mehr Bereiche enorm beschleunigt.
2. Die «Globalisierung der Finanzmärkte», was nichts anderes heisst, als dass immer grössere

re Kapitalmassen weltweit und unkontrolliert hin und hergeschoben werden, und zwar weitgehend gesteuert von der kurzfristigen Gewinnmaximierung.

3. Das Fehlen der «Globalisierung» der Lohnabhängigen. Auf Weltenebene sind die Lohnabhängigen kaum bis gar nicht organisiert, während die beiden oben genannten Faktoren bewirken, dass der Arbeitsmarkt für das Kapital sich sehr wohl immer mehr globalisiert. Schlagartig bewusst wurde mir diese Problematik im letzten Herbst in den USA anlässlich der NAFTA-Debatte.

Während die Gewerkschaften mit Arbeitsplatzargumenten gegen den NAFTA-Vertrag zwischen Kanada, Mexiko und den USA kämpften, argumentierten die «Clintonianer» damit, dass die US-Konzerne ja sowieso in Mexiko investieren würden und mit dem NAFTA-Vertrag wenigstens ein Minimum an Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die mexikanischen Angestellten der drei grossen US-Autokonzerne erreicht würden. Die einst stärkste US-Gewerkschaft hatte es mit ihrer traditionell protektionistischen Politik schlicht verpasst, sich mit den mexikanischen Gewerkschaften zusammenzutun.

Der Lebensstandard wird sinken

Die Konsequenz daraus ist, dass sich der Druck auf den Lebensstandard der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit in Nordamerika und Europa noch bedeutend verstärken wird, weil die weltweit steigende Produktivität unterm Strich nicht mehr Wohlstand schaffen wird, sondern Arbeitsplätze zerstört. Eine adäquate weltweite Organisation der Lohnabhängigen, die das ver-

hindern könnte, ist zurzeit leider nicht in Sicht.

Und die ASCOM?

Was hat das mit dem ASCOM-Entscheid zu tun? ASCOM arbeitet in einem Bereich (Telekommunikation), der sehr stark von diesen Entwicklungen betroffen ist und hat vermutlich den Zug endgültig verpasst; d.h. die Aussicht, wieder konkurrenzfähig zu werden, ist sehr gering. Von daher steht das Argument der Arbeitsplatzhaltung tatsächlich auf schwachen Füßen. Anders sähe die Sache aus, wenn es in der Schweiz eine Industriepolitik gäbe, die Innovationen forciert und Durststrecken überwinden hilft. Dann könnte das durch den Kauf bei Motorola eingesparte Geld sinnvoll eingesetzt werden. (Wie eine solche Industriepolitik aussehen könnte, werden wir in einer der nächsten Nummern mit dem Schwerpunkt Wirtschaft behandeln.)

Kleine Ansätze

Immerhin gäbe es auch noch andere Ansätze, gewissermassen als kleine Kompensation für die fehlende globale Organisation der Lohnabhängigen: z.B. die Berücksichtigung der Arbeitsbedingungen bei den offerierenden Firmen, die Einhaltung ökologischer Grundsätze, die Herkunft der Komponenten, die Verhinderung einer Monopolstellung. Einen interessanten, privatwirtschaftlichen Ansatz verfolgen gewisse Investitionsfonds in den USA: sie legen bestimmte Kriterien fest, welche Firmen erfüllen müssen, bevor in sie investiert wird. Ein Fond verlangt z.B. Frauenförderungsprogramme, ein anderer ökologisches Verhalten. In der Schweiz hat die alternative Bank (ABS) hier ebenfalls einen vielversprechenden Anfang gemacht. □

# Neuer Ansatz in der Energiepolitik

Letzten Herbst lancierte ein breit abgestütztes Komitee ein Initiativpaket, das in den nächsten Jahren in der Energie- und Umweltpolitik für den notwendigen Druck sorgen wird: Die Energie-Umwelt- und Solarinitiativen. Die eine Initiative will die Sonnenenergie fördern, die andere Lenkungsabgaben einführen und die dabei anfallenden Erträge gemäss dem Ökobonus-Prinzip zurückerstatten.

---

Reto Hunziker

---

Wir erinnern uns: Mit der Annahme der Moratoriumsinitiative im September 1990 verlangte eine Mehrheit von Volk und Ständen einen Baustopp für Atomkraftwerke bis zum Jahr 2000. Da am gleichen Abstimmungswochenende der Energie-Verfassungsartikel ebenfalls gutgeheissen wurde, war die Regierung zum Handeln aufgefordert. Das Programm «Energie 2000» liess nicht lange auf sich warten; ein Energienutzungsbeschluss und eine Energienutzungsverordnung folgten. Doch ein spürbarer Erfolg, d.h. eine Stabilisierung oder gar Senkung des Energieverbrauchs, konnte bis jetzt nicht erreicht werden. Der Gesamtenergieverbrauch stieg weiter an, die Erdölpreise sanken auf das Niveau der frühen 70er Jahre, die erwartete Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch blieb Wunschdenken.

## Zeit zum Handeln

Diese Perspektive zwingt die Umweltverbände und Anti-Atom-Organisationen zum Handeln. Denn bis zum Ablauf des Moratoriums im Jahr 2000 muss etwas geschehen. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass selbst die kleinen positiven Schritte nach dem Moratoriumserfolg in Frage gestellt werden, der Ausstieg aus der Atomtechnologie in weite Ferne rückt und eine CO<sub>2</sub>- und/oder Energie-Abgabe im Parlament endlos

verzögert wird. Die kürzliche Beratung des Energiegesetzes im Kantonsrat zeigte nur allzu deutlich, wie hoch, besser gesagt: wie tief, Energie- und Umweltprobleme bei vielen Bürgerlichen im Kurs stehen.

Nach längeren Diskussionen sind die nun vorliegenden Initiativen entstanden.

## Solar-Initiative: konventionell

Die Solar-Initiative verlangt eine Förderung der Solarenergie und der effizienten Energienutzung. Dazu wird eine Abgabe auf den nicht-erneuerbaren Energieträgern erhoben (Strom: 1,3%, Benzin: 4%, Gas: 5%, Heizöl: 14%). Der Begriff Solarenergie wird im weiten Sinne verstanden: Gemeint ist sowohl die direkte Nutzung (Kollektoren, Solarzellen, passive Nutzung) als auch die indirekte Nutzung (Biogas, Biomasse, Windenergie).

Eine interessante Anmerkung: Die Förderung der Solarenergie wird gemäss Initiativtext nach 25 Jahren wieder eingestellt. Denn die InitiantInnen gehen davon aus, dass bis zu diesem Zeitpunkt eine finanzielle Förderung nicht mehr notwendig ist.

## Energie-Umwelt-Initiative: innovativ

Die Energie-Umwelt-Initiative verlangt die Einführung von Lenkungsabgaben. Die Abgabe soll schrittweise erhöht werden und zwar so, dass sich der Verbrauch der nicht-erneuerbaren Energieträger innert acht Jahren stabilisiert und

anschliessend während 25 Jahren um durchschnittlich ein Prozent pro Jahr vermindert. Belastet werden die nicht-erneuerbaren Energieträger und die Elektrizität von Wasserkraftwerken mit mehr als 1 MW elektrischer Leistung (Kleinwasserkraftwerke sind damit von der Belastung ausgeklammert). Ein wichtiger Unterschied zur vorgeschlagenen CO<sub>2</sub>-Abgabe des Bundesrates besteht darin, dass auch die Stromproduktion von AKWs und Wasserkraftwerken mit mehr als 1 MW elektrischer Leistung belastet werden sollen. Denn der Stromverbrauch ist in den letzten Jahren stärker angestiegen als der Ölverbrauch; eine Lenkung muss deshalb unbedingt auch die Elektrizität miteinbeziehen. Wie hoch die Energiepreise ansteigen müssen, um die geforderten Ziele zu erreichen, kann nicht genau vorausberechnet werden. Die InitiantInnen rechnen mit einer jährlichen realen Verteuerung der Energie um zuerst 3 bis 5 Prozent, dann 1 bis 2 Prozent. Dies führt im Endeffekt etwa zu einer Verdoppelung der heutigen Energiepreise.

## Was geschieht mit den Einnahmen?

Der zweite wichtige Grundsatz der Energie-Umwelt-Initiative ist das Prinzip der Rückerstattung. Das heisst, die Erträge werden nicht zur Finanzierung von bisherigen oder neuen Staatsaufgaben verwendet, sondern die Einnahmen werden vollumfänglich an die Privathaushalte und die Unternehmen pau-

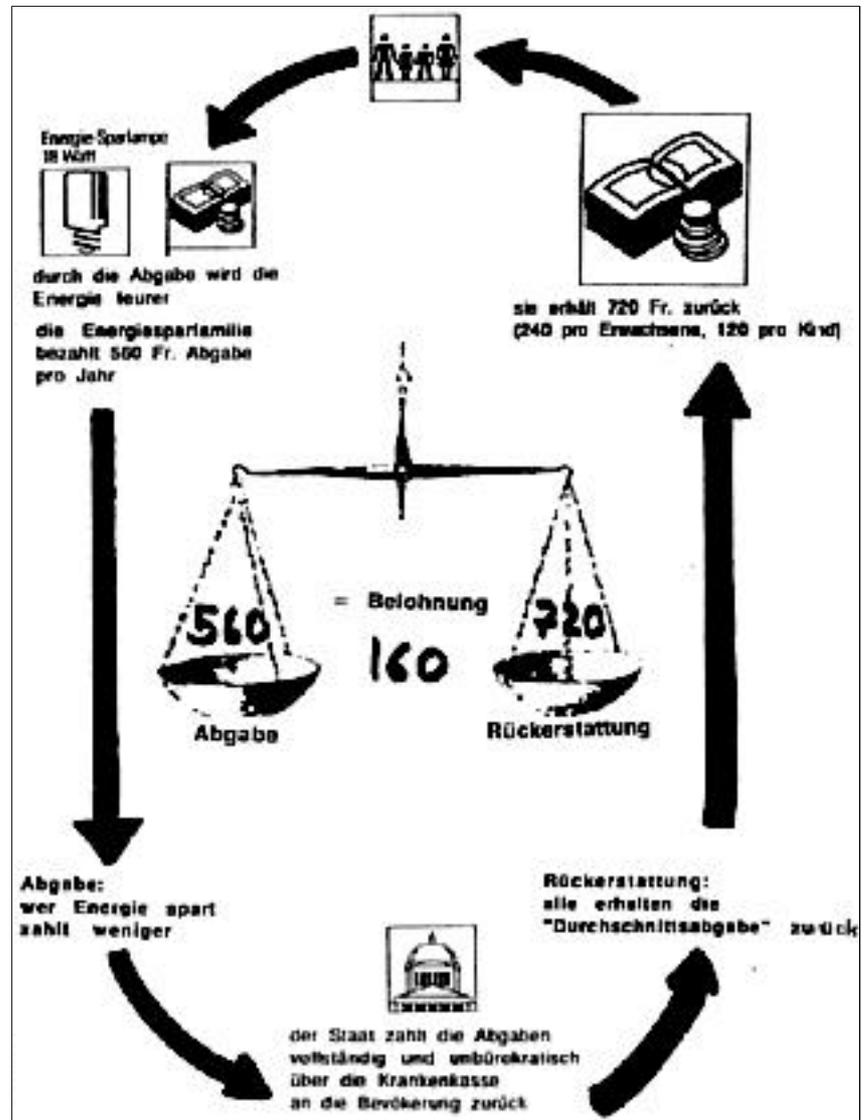
schal zurückerstattet. Die Art der Rückerstattung ist nicht ausformuliert; sie muss später von Bundesrat und Parlament festgelegt werden. Im Begleittext zu den Initiativen sind folgende Möglichkeiten aufgeführt:

- ◆ fixer Pro-Kopf-Abzug von den geschuldeten Steuern
- ◆ Reduktion der Krankenkassen-Pro-Kopf-Prämien
- ◆ Reduktion der Lohnnebenkosten (Arbeitslosen- und AHV-Prämien)

Die Höhe der Kompensation muss sozial gerecht erfolgen und alle von der Abgabe Betroffenen erreichen. Aus diesem Grund ist eine Reduktion der Krankenkassen-Pro-Kopf-Prämien um einen fixen Betrag eine der einfachsten Lösungen (die Haushaltgrösse muss bei der Rückerstattung mitberücksichtigt werden).

#### Fazit

1. Die Energie-Umwelt-Initiative beschreitet Neuland, da sie nicht auf «Verboten» und/oder Subventionen basiert, sondern auf dem Lenkungsprinzip: Durch finanzielle Anreize sollen Privathaushalte und Unternehmen zu einer Reduktion des Energieverbrauchs – und damit der Umweltbelastung – motiviert werden. Wer überdurchschnittlich viel Energie konsumiert, muss tiefer in die Tasche greifen; wer weniger als den Durchschnitt verbraucht, profitiert.
2. Die Solarinitiative hat eine Übergangsfunktion. Sie soll die Zeit überbrücken, bis die Lenkungswirkung der Energie-Umwelt-Initiative voll zum Tragen kommt. Sie sorgt dafür, dass die Kapazitäten der Unternehmen, die auf dem Gebiet der effizienten Energienutzung und der Solarenergie tätig sind, rechtzeitig ausgebaut werden können.



#### Ökologischer Geldkreislauf: Der Unterschied zwischen Abgabe und Rückerstattung ist die Belohnung.

3. Eine Verteuerung der Energiepreise schafft Arbeitsplätze im Umweltbereich. Firmen und Privatpersonen werden motiviert, in umweltschonende, dezentrale und arbeitsintensive Technologien zu investieren. Die Volkswirtschaft profitiert in doppelter Hinsicht: Die Kosten der Arbeitslosigkeit werden verringert, ebenso die Folgekosten der heutigen Energieverschwendung.
4. Ein Erfolg der Initiative hätte eine positive Signalwirkung in den Staaten der Europäischen Union und würde denjenigen Kräften Auftrieb geben, die schon seit Jahren die Einführung von Lenkungsabgaben in der EU fordern. Und nicht zu vergessen: Einige europäische Staaten kennen bereits Energieabgaben. Die beiden Initiativen sind also durchaus «europakompatibel». □

# Arbeitslosigkeit und Neue Armut

Letztes Jahr entstanden die beiden Broschüren «Vierzehn Schritte gegen die Zuger Wohnungsnot» und «Für eine wirksame lokale Umweltpolitik». Nun folgen die Broschüren «Arbeitslosigkeit und neue Armut» und die Broschüre der SGA-Frauengruppe. Die Broschüre verschafft einen umfassenden Überblick der zugerischen Situation in Sachen Arbeitslosigkeit und Neue Armut.

Sandra Windhaber-Rogenmoser

Es gibt keinen Tag, an dem man die Zeitung öffnen könnte, ohne auf das Wort «Arbeitslosigkeit» zu stossen. Es gibt keinen Tag, an dem man nicht in irgendeiner Form mit Arbeitslosigkeit konfrontiert wird. Es gibt schon seit längerem kaum mehr Leute, die nicht Arbeitslose kennen oder gar selber arbeitslos ist. Die Zeiten sind längst vorbei, in denen die Schweiz auch in Bezug auf die Arbeitslosigkeit eine Insel war, auf der es sich bestens leben liess und deren Bevölkerung es kaum fassen konnte, dass auf dem Festland Arbeitslosigkeit herrschte. «Wer keine Arbeit hat, ist zu faul zum Arbeiten.» Nichts war klarer als das. Und heute? Ist diese damals gängige Meinung immer noch in den Köpfen der InselbewohnerInnen festgehaftet oder hat sie sich verändert? Heute, wo die Arbeitslosenwelle auch unsere Insel erfasst hat, wo sie sozusagen eine Brücke zum Festland geschlagen hat und eine «Neue Armut» in unser Land gebracht hat?

Auch wenn es heute zur Tagesordnung gehört, dass sich PolitikerInnen, WirtschaftsprognostikerInnen, ManagerInnen, ArbeiterInnen, StammbeizlerInnen und sogar Lehrlinge mit dem Thema Arbeitslosigkeit herumschlagen (müssen), «so spielt sich heute immer noch die Armut in der Schweiz überwiegend im Verborgenen ab. Offene Verelendung wie im letzten Jahrhundert gibt es zwar (noch) nicht, abgesehen von der offenen Drogenszene und einzelnen Obdachlosen.

Die Fürsorgeämter arbeiten diskret – zum Schutze der Würde des einzelnen eine Notwendigkeit. Die Anonymität macht jedoch die Betroffenen zu Namenlosen, und wer keinen Namen hat, ist niemand. Folglich gibt es ihn auch nicht, und die Öffentlichkeit muss sich mit «niemands» Problemen nicht beschäftigen.» (Jtka Röthlisberger in unserer Broschüre)

Wir haben uns mit «niemands» Problemen beschäftigt, weil wir der Ansicht sind, dass die Arbeitslosigkeit kein Thema ist, das man abhan-

## Bestellungen

Die Broschüre wird anfangs April erscheinen. Sie kann aber bereits jetzt beim SGA-Sekretariat bestellt werden. Adresse: SGA, Postfach 2041, 6302 Zug, Tel. 22 13 15 (Di, Do).

deln und abhaken kann. Zuviele Menschen sind davon ganz direkt betroffen. Es gehört in die Öffentlichkeit. Immer wieder. Deshalb ist auch unsere Broschüre entstanden. Neben dem Artikel von Jtka Röthlisberger finden Sie in der Broschüre auch einen von Anne Mäder, die sich hauptsächlich mit der Problematik der Sozialversicherungen befasst, sowie eine Aufzeichnung «Zuger Perspektiven», verfasst von Dani Brunner. Die Broschüre soll einen umfassenden Überblick der zugerischen Situation in Sachen Arbeitslosigkeit und Neue Armut verschaffen: Wer ist hauptsächlich von Arbeitslosigkeit betroffen? Welche Hilfestellungen gibt es in Zug? Welche Vorstösse wurden auf politischer Ebene gemacht? Welche wurden davon realisiert? Welche Ideen könnte man noch umsetzen? etc. Die neue SGA-Broschüre «Arbeitslosigkeit und Neue Armut» gibt auf diese Fragen Antwort. □

## «Nel mezzo del cammin...»

Mit «Nel mezzo del cammin...» überschreibt Gisela Hürlimann das Editorial und schreibt weiter:

Gisela Hürlimann/  
Madeleine Landolt

«Mitten auf unserem Weg, aus der Mitte unseres politischen und priva-

ten Lebens heraus, übergeben wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, diese kleine Broschüre.

Erwarten Sie also keine Wegleitung, eher einen Stationsbericht von den verschiedenen Posten und Ga-

belungen, an denen sich Autorinnen aufhalten.

Einige mögen bereits wieder unterwegs und anderswo gelandet sein.

Nichtsdestotrotz begann alles mit einem 'Fahrplan' (oder Bilanzrückblick), wie wir in der SGA-Frauengruppe den ersten Teil unserer Broschüre nennen. Es war eine

Rückschau zu Vorsätzen, die wir in der Wahlbroschüre (86-90) und im Leitbild fassten. Es soll uns aber noch über längere Zeit hinweg Ideenlieferant und Referenzpunkt bleiben: was haben wir erreicht, was packen wir noch an, welche Lücken sind noch zu füllen?

Den Ausschlag zu dieser Broschüre gab dann unsere Lust auf ein endliches Going-Public oder Coming-Out als eigenständige Gruppe innerhalb der Sozialistisch-Grünen Alternative. Wir sind keine autonome Frauenpartei und werden dementsprechend oft unter die SGA subsumiert.

Das ärgert uns, denn es entspricht nicht unseren tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten in der SGA-Frauengruppe, wo wir eigene Projekte und Perspektiven in Richtung eines frauen- und menschenfreundlicheren Kantons, einer eben solchen Schweiz und Welt entwickeln. Obwohl wir häufig nicht wenige und meistens kein 'flauer' Laden sind, wünschen wir uns doch mehr interessierte Frauen, die mit

## Bestellungen

Die Frauenbroschüre der SGA-Frauengruppe erscheint am 8. März. Sie kann bestellt werden beim SGA-Sekretariat. Adresse: SGA, Postfach 2041, 6302 Zug, Tel. 22 13 15 (Di, Do).

uns politisieren und kreieren möchten – die SGA-Mitgliedschaft ist keine Vorbedingung.

Vielleicht finden Sie sich, liebe Leserinnen und Leser, in unseren 'Miniaturenblicken' (Sandra Windhaber), also im 2. Teil der Broschüre, wieder und stellen fest, dass diese Frauen, von denen einige bis jetzt im Parlament sind oder fürs nächste kandidieren, gar nicht so verschieden leben, lieben und denken, wie Sie es tun. Dieser Anhang von persönlichen Artikeln soll den trockensten ersten Teil mit persönlichen Ansichten und persönlicher Sprache der Verfasserinnen farbiger machen.

'Wir wollen nicht länger die Besserwisser(innen) spielen, die am Rande des Geschehens die Ereignisse kommentieren, wir wollen dabei sein und die Ereignisse schaffen'. Die Worte von Sybilla Schmid waren und sind für uns alle ein Grund, uns in der SGA-Frauengruppe und der SGA zu engagieren.

Zwar bist du immer 'ausgesetzt, wenn Du Stellung beziehst' (Madelaine Landolt), aber du musst 'keine Superfrau' sein (Annemarie Csomor), um im Gemeinderat oder irgendeinem Gremium, irgendeiner Gruppe mitmachen zu können. Politisch ist für uns nicht nur das Private (Gisela Hürlimann), sondern auch die Gestaltung der Arbeitswelt und das kulturelle Schaffen: deshalb träumen wir z.B. von einem Handwerkerinnenbetrieb, der auch zum 'Begegnungsort', zum Ort, wo 'selbstgemachte Kultur stattfinden kann' (Serena Wächter, Gisela Hürlimann), wird.

Ihnen wünschen wir viel Spass auf Ihrer Lesewanderung – uns wünschen wir Ihr Echo.» □



## MACHEN SIE MIT!



- Ich möchte mehr über die **SGA** wissen
- Ich möchte das **SGA-Bulletin** für 20.–/Jahr abonnieren (4x jährlich)
- Ich trete dem **Förderverein** pro SGA-Bulletin bei (Mindestbeitrag: Fr. 100.–)
- Ich möchte **den SGA-Versand** regelmässig erhalten (ca. 4xjährlich)
- Ich möchte das **SGA-Infoblatt** für Fr. 10.– pro Jahr abonnieren (monatlich)
- Ich möchte **SGA-Mitglied** werden  
Mitgliederbeitrag: Fr. 30.– für Nichtverdienende, Fr. 100.– für Einkommen bis Fr. 2000.–, Fr. 75.– für jede weiteren Fr. 1000.– Monatseinkommen).

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_ Tel. \_\_\_\_\_

Mitteilungen: \_\_\_\_\_

Einsenden an: **Sozialistisch-Grüne Alternative SGA**  
Postfach 2041, 6302 Zug. Tel. 042/22 13 15. PC-Konto 60–13553–1.

# veranstaltungen

märz

- DI 8. Ofra: Film von Brigit Hein «Die unheimlichen Frauen», anschl. Apéro  
Burgbachkeller Zug, 20.30h
- MI 16. Ofra: Versammlung, Thema: Gleichstellungsgesetz  
Stadtbibliothek Zug, 20.00h
- MI 16. Verein Jazzbrunch: Terra Q  
Altstadthalle Zug, 19.30h
- FR 18. SGA: Jahresversammlung  
Casino Zug, Nachtessen 18.30h, Versammlung 20.00h
- SO 20. SGA-Frauengruppe: Frauenlieder–Frauenbilder–Frauentexte  
Burgbachkeller Zug, 11.00h–16.00h, mit Verpflegungsmöglichkeit
- MO 21. Energie-Umwelt-Initiativen: Veranstaltung mit Andrea Ries (WWF)  
Parkhotel Zug (Menzinger Saal), 20.00h
- DO 24. Asyl-Brücke Zug: GV, anschl. «Kirchenasyl für Flüchtlinge»  
Zentrum Chilematt Steinhausen, GV 19.00h, öffentl. Teil 20.00h
- DI 29. Forum Arbeit für alle: Was kann gegen Arbeitslosigkeit getan werden?  
Casino Zug, 20.00h
- MI 30. Verein Jazzbrunch: Adrian Frey Quartett  
Altstadthalle Zug, 19.30h

april

- MI 13. Verein Jazzbrunch: True Blue  
Altstadthalle Zug, 19.30h
- MO 18. Forum Arbeit für alle: Die Arbeit verteilen/Arbeitszeitverkürzung  
Casino Zug, 20.00h
- MO 18. Ofra: Versammlung, Thema: Frau und Versicherung, Einführung  
Ort siehe Tagespresse
- DI 19. VCS: GV, anschl. «Verkehrspolitische Perspektiven im Kt. Zug»  
Rest. Bären Zug, Apéro 19.00h, GV 19.30h, öffentl. Teil 20.00h
- MI 27. Verein Jazzbrunch: Boston Reunion  
Altstadthalle Zug, 19.30h
- FR 29. SGA Stadt Zug: Jahresversammlung  
Parkhotel Zug, 19.00h, anschl. Nachtessen

mai

- SA/SO 14./15. SGA-Weekend  
Hotel Rigi-Kulm
- DI 17. Ofra: Versammlung, Thema: Frau und Versicherung, BVG – 2. Säule  
Ort siehe Tagespresse

juni

- DI 14. Ofra: Frauenbar  
Altstadthalle Zug, ab 18.00h
- MI 22. Ofra: Versammlung, Thema: Frau und Versicherung, 10. AHV-Rev.

AZB 6300 Zug 1

Adressänderungen und Rechnen an SGA, Postfach 2041, 6302 Zug

## SGA-GV

### Umweltschutz in der Rezession

Referat von Urs Meile. Urs Meile schreibt regelmässig in der WoZ zu Umweltfragen und ist seit vielen Jahren politisch tätig.

*Freitag, 18. März, 20.00 Uhr  
Casino Zug (Rundzimmer)*

Nachtessen 18.30 Uhr, Statuarisches 20.00 Uhr, Referat und Diskussion 20.45 Uhr.

## Umwelt-/Solarinitiativen

**Die Bedeutung der Energie-Umwelt- und Solarinitiativen**  
Mit Andrea Ries (WWF, Ausschuss Energie-Umwelt- und Solarinitiativen) und Markus Portmann (CENSOL, SSES).

- ◆ wie funktionieren Lenkungsabgaben?
- ◆ was verlangen die beiden Initiativen?
- ◆ welche Möglichkeiten hat die Sonnenenergienutzung in der Schweiz?

*Montag, 21. März, 20.00 Uhr  
Parkhotel Zug (Menzinger Saal)*